

EP-W-01 A – WAS WOHLSTAND SCHÜTZT

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Tagesordnungspunkt: EP-W Was Wohlstand schützt

Antragstext

1 Vom kleinen Handwerksbetrieb über den regional verankerten Mittelständler bis
2 hin zum internationalen Großunternehmen: Europas vielgestaltige und innovative
3 Wirtschaft ist global wettbewerbsfähig – und Deutschland profitiert wie kein
4 zweiter Mitgliedstaat von der europäischen Integration und dem Binnenmarkt.
5 Produkte und Dienstleistungen aus Thüringen oder Hessen werden zwischen
6 Andalusien und Lappland, zwischen Riga und Nikosiagehandelt, als lägen diese
7 Orte nur wenige Kilometer voneinander entfernt. Wir sind auch deshalb die
8 viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt, weil wir auf europäischer Ebene die
9 Kräfte bündeln.

10 Europa macht uns stark. Europa zu stärken, ist deshalb in unserem ureigenen
11 Interesse. Vor allem geht es nun darum, dort voranzugehen, wo die Stärke der
12 nächsten Jahre und Jahrzehnte entsteht. Dafür haben wir einen Plan: die
13 klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und Infrastruktur. Sie ist für
14 uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und
15 Wohlstand, zu Lebensqualität, zu guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen, zur
16 Sicherung unserer Lebensgrundlagen – und damit zu einer stabilen Grundlage für
17 mehr soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt in ganz Europa.

18 Wir setzen alles daran, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während
19 China oder die USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der
20 Zukunftstechnologien investieren. Wir nehmen die Herausforderung an: Wir wollen,
21 dass sich Deutschland und Europa auf den Märkten der Zukunft durchsetzen – bei
22 erneuerbaren Energien und Wasserstoff, bei digitalen Dienstleistungen und
23 Künstlicher Intelligenz (KI), bei modernster Batterietechnik und grünem Stahl.
24 Das ist eine Frage der Unabhängigkeit. Wirtschaftspolitik ist heute auch
25 Sicherheitspolitik.

26 Europas Wohlstand und seine Lebensqualität sind unmittelbar mit seinen
27 natürlichen Grundlagen verbunden – mit fruchtbaren Böden und sauberen Meeren,
28 mit Lebensräumen für eine große Artenvielfalt, mit einer intakten Natur an den
29 Küsten und in den Wäldern. In ihrem Zusammenspiel gedeiht Landwirtschaft in
30 unmittelbarer Nachbarschaft zu High-Tech- Unternehmen, sind Handwerksbetriebe in

31 lebenswerten ländlichen Räumen verankert, lässt sich aus den Städten in wenigen
32 Stunden in Wälder oder Berge reisen.

33 Wohlstand in Europa bedeutet fair bezahlte Jobs und gute öffentliche
34 Dienstleistungen in einem funktionierenden Wirtschaftsraum. Wohlstand bedeutet
35 aber eben auch saubere Luft, reines Wasser und bezahlbare, gute Lebensmittel.

36 Wir treten an, unseren Wohlstand zu erneuern, indem wir ihn auf ein
37 klimaneutrales Fundament stellen – eines, das über die nächsten Jahre und
38 Jahrzehnte trägt. Wir haben den European Green Deal auf die Agenda gesetzt, er
39 ist die richtige Strategie. Jetzt sorgen wir dafür, dass er in allen Bereichen
40 seine Wirkung entfaltet: von der Energieerzeugung über Mobilität und
41 Landwirtschaft bis hin zur Industriepolitik. Denn Klimaschutz wird zunehmend zu
42 einem entscheidenden Wettbewerbs- und Standortfaktor. Wollen wir unseren
43 Wohlstand bewahren und neuen schaffen, müssen wir Europäer*innen nicht nur das
44 Klima schützen, sondern auch diesen Wettbewerb annehmen.

45 Voraussetzung hierfür ist eine aktive europäische Wirtschafts- und
46 Industriepolitik, die Innovation ermöglicht und nachhaltige Infrastruktur baut;
47 die den Mut zu gezielten strategischen Investitionen aufbringt; die uns
48 unabhängig macht von den Autokratien dieser Welt – und unser aller Leben damit
49 krisenfest und bezahlbar. Wir wollen deshalb jetzt – von der Sonnenenergie aus
50 Andalusien bis hin zum Wind über der Nordsee – die erneuerbaren Energien und die
51 Stromnetze in ganz Europa ausbauen. Wenn wir aus der Europäischen Union (EU)
52 eine moderne Infrastrukturunion machen wollen, dann tun wir das, um die
53 industrielle Produktion, um Strom und Wärme, um günstige Energie für alle zu
54 sichern.

55 Wenn wir in Forschung und Entwicklung investieren, dann tun wir das, damit sich
56 die besten Ideen weiterhin auf unserem Kontinent zu Hause fühlen. Wenn wir
57 Bürokratie abbauen, dann tun wir das, um die EU in den Dienst der
58 Europäer*innen, nicht der Paragraphen und Behörden zu stellen. Und wenn wir die
59 Potenziale der Digitalisierung nutzen, dann tun wir das, um Daten im Sinne der
60 Menschen in Europa nutzbar zu machen, nicht umgekehrt.

61 Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam aber sind
62 wir es. Gemeinsam in der EU sind wir in der Lage, politische Antworten zu geben,
63 die wirksam und wirkmächtig genug sind, um es mit der globalen Erwärmung und
64 systemischer Konkurrenz gleichermaßen aufzunehmen.

65 Diesen Weg gehen wir. Wir wollen eine gerechte und handlungsfähige EU, die
66 Sicherheit schafft im Hier und Jetzt – und zugleich die Weichen stellt für den
67 Wohlstand und Zusammenhalt von morgen. Wir wollen eine EU, in der Wohlstand im
68 Einklang mit der Natur und dem Klima entsteht. Und wir wollen eine EU, in der
69 nicht die soziale oder geografische Herkunft, der Zugang zu Bildung oder das

70 Geschlecht über die Chance auf ein gutes Leben entscheiden, sondern in der alle
71 Menschen am Wohlstand teilhaben können.

72 Für dieses Europa treten wir an. Dieses Europa wollen wir sein.

73 **1. Ein klimaneutrales Europa**

74 **In Energiesicherheit investieren**

75 Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit
76 effizienter und nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale des gesamten
77 Kontinents nutzt und miteinander verbindet. Wir bauen erneuerbare Energien als
78 Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik europaweit massiv aus: Bis
79 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die europäische
80 Stromversorgung zu 100 Prozent klimaneutral sicherzustellen. Denn nur die
81 Erneuerbaren garantieren eine unabhängige Versorgung und auf Dauer günstigen
82 Strom, mit dem Europa langfristig wettbewerbsfähig wirtschaften kann. Wir
83 wollen, dass Deutschland auf diesem Weg mit gutem Beispiel vorangeht.

84 Deshalb brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa die
85 Elektrifizierung von Verkehr, Industrie und Haushalten sowie massive
86 Investitionen in den Ausbau von Wind und Solar. In Zukunft wollen wir dabei noch
87 stärker europäisch zusammenarbeiten. Gleichzeitig müssen wir energieeffizienter
88 werden und die entsprechenden Vorgaben weiter anpassen.

89 Um den Strom überall in Europa verlässlich dorthin zu transportieren, wo er
90 gebraucht wird, wollen wir im Rahmen der Infrastrukturunion das europäische
91 Stromnetz stärken und dabei vor allem die Verbindungen zwischen den
92 Mitgliedstaaten massiv ausbauen. Ein stabiles europäisches Stromnetz macht uns
93 widerstandsfähiger und erhöht unsere Versorgungssicherheit. Das hat die
94 Energiekrise sehr deutlich gezeigt, als die Staaten Europas sich gegenseitig
95 beispringen konnten. Wir wollen es deshalb nun auch für 100 Prozent erneuerbare
96 Energien fit machen. So können wir die Synergien in der EU nutzen, in der immer
97 irgendwo der Wind weht oder die Sonne scheint. Wir etablieren eine EU-
98 Netzplanung – insbesondere für grenzüberschreitende Projekte und den Ausbau der
99 Windenergie in den Meeren der EU. In Zukunft müssen darüber hinausgehend die
100 Stromnetze, Wasserstoffnetze, Gasnetze und Wärmenetze zusammengedacht werden.
101 Wir richten das Strommarktdesign, die Netzentgelte und die Bedingungen von
102 Stromspeichern systematisch auf die Integration erneuerbarer Energien aus.

103 Generationen von Menschen in den Kohlerevieren haben einen wertvollen Beitrag zu
104 Energiesicherheit, zum Fortschritt und zu unserem Wirtschaftsstandort geleistet.
105 An diesen Einsatz und diese Expertise knüpfen wir in den europäischen
106 Energieregionen an. Jedoch wird Kohle zunehmend unrentabel, ist zudem die klima-

107 und gesundheitsschädlichste Form der Energieerzeugung und hat deshalb keine
108 Zukunft. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, um in der EU die
109 Kohleverstromung beenden zu können. Die Kohleregionen unterstützen wir dabei,
110 dass ihnen der Umstieg auf die neuen Energien bis zum Jahr 2030 gelingt.
111 Gleichzeitig hat uns insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine
112 gezeigt, wie abhängig wir noch von Erdgas sind und welche Schwierigkeiten das
113 mit sich bringt. In den kommenden Jahren ist im Einklang mit unseren Klimazielen
114 deshalb auch ein endgültiger Abschied vom fossilen Erdgas nötig. Wir wollen es
115 vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem Wasserstoff
116 ersetzen.

117 Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energieerzeugung und sie ist nicht
118 geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Sie ist erheblich teurer als Erneuerbare,
119 mit hohen Risiken verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre
120 unzuverlässig. Der Bau neuer Kraftwerke ist teuer und langwierig. Der Müll
121 belastet noch unzählige nachfolgende Generationen. Wir setzen in der EU nicht
122 auf Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung.

123 Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien,
124 weshalb wir Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben
125 wollen. Um in den nächsten Dekaden einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der
126 Klimakrise und zur Energiesicherheit leisten zu können, kommt die Kernfusion
127 jedoch zu spät.

128 **Den Weg zum klimaneutralen Kontinent beschreiten**

129 Echte Fortschritte sind gemacht: Bis heute hat Europa die Emissionen gegenüber
130 1990 um rund ein Drittel gesenkt. Mit dem „Fit for 55“-Paket will die EU bis
131 2030 mindestens 55 Prozent ihrer Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen.
132 Durch den reformierten Emissionshandel wird ein schnellerer europäischer
133 Kohleausstieg rentabel. Wir haben die Ausbauziele für erneuerbare Energien
134 verdoppelt. Und für fossile Energie, Stahl oder Chemieprodukte, die nach Europa
135 importiert werden, muss bald an der Grenze ein Preis für ihren CO₂-Fußabdruck
136 bezahlt werden. Die Autoindustrie stellt ihre Produktion auf Elektrofahrzeuge
137 um. Gebäude in der EU werden gedämmt und Anreize für klimafreundliches Heizen
138 gesetzt. Damit hat Europa den richtigen Weg eingeschlagen.

139 Die EU muss diesen Weg zum klimaneutralen Wohlstand entschieden weitergehen.
140 Europa soll der erste klimaneutrale Kontinent werden. Von diesem Ziel darf es
141 kein Abrücken geben, und es muss zuverlässig erreicht werden. Für 2035 und 2040
142 braucht es deswegen Zwischenziele, die die EU sicher zu Klimaneutralität in
143 Erfüllung des Pariser Klimaabkommens führen. Das Zwischenziel für 2035 wollen
144 wir, wie es alle Staaten im Rahmen des Pariser Klimaabkommens international
145 zugesagt haben, auch bei den Vereinten Nationen (UN) verbindlich hinterlegen.
146 Für die Umsetzung müssen unter anderem der Rahmen für Klimaschutzmaßnahmen und

147 die europäischen Emissionshandelssysteme angepasst werden.

148 **Natürliche CO₂-Senken und technologischen Fortschritt nutzen**

149 Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir schnell raus aus Kohle, Öl und Gas
150 und rein in erneuerbare Energien und Wasserstoff. In einigen wenigen Branchen
151 wird es aber auch in Zukunft Emissionen geben, die schwer oder nach heutigem
152 Stand der Technologie gar nicht zu vermeiden sind, etwa in der Zementindustrie.
153 In diesen Bereichen wollen wir technologische Chancen nutzen und das CO₂ direkt
154 bei der Produktion abscheiden, speichern und gegebenenfalls nutzen (Carbon
155 Capture Use and Storage, CCUS). Wo nötig, soll dies aktiv gefördert werden. Wir
156 wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen dafür schaffen und eine
157 integrierte europäische Infrastruktur – inklusive gemeinsamer europäischer CO₂-
158 Speicher – entwickeln.

159 In der Zukunft wird es laut Analysen des Weltklimarats zunehmend schwieriger,
160 auf den 1,5- Grad-Pfad zu kommen. Deshalb müssen wir die CO₂-Konzentration in
161 der Atmosphäre aktiv senken, damit sich wieder ein stabiles und nachhaltiges
162 Niveau einstellt. Dafür stärken und entwickeln wir negative Emissionen – also
163 natürliche und technische Prozesse, die der Atmosphäre CO₂ wieder entziehen.
164 Intakte Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor allem Wälder und
165 Moorböden sind natürliche CO₂-Speicher. Deswegen benötigen wir klare Regeln für
166 die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren und die
167 Aufforstung von Wäldern. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale technischer
168 Negativemissionen wie die CO₂-Entnahme aus der Luft oder Bioenergie mit CO₂-
169 Speicherung in der Anwendung prüfen und an Pilotprojekten evaluieren. Die EU
170 braucht – wie Deutschland – klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen,
171 ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels zu handeln.

172 **Grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft einsetzen**

173 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, also grüner Wasserstoff, kann Energie
174 speichern und transportabel machen. Er ist ein unverzichtbarer Bestandteil
175 unserer zukünftigen Energieversorgung, denn er kann fossile Energieträger
176 überall dort ersetzen, wo Elektrifizierung keine Option ist. Wir wollen dafür
177 sorgen, dass Europa bei der Anwendung Vorreiterin wird. Um ihre Potenziale zu
178 heben, entwickeln wir die Europäische Wasserstoffstrategie weiter und
179 unterstützen die Erforschung von umfassenden Ansätzen zur Erzeugung und
180 Anwendung. Beispielsweise können durch dezentrale Lösungen die Netzausbaukosten
181 minimiert und wo immer möglich die Abwärme in Wärmenetzen eingesetzt werden. Mit
182 Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm
183 sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser
184 Schlüsseltechnologie.

185 Wir wollen die Investitionen in den Aufbau eines neuen transeuropäischen

186 Wasserstoffkernnetzes erhöhen und die Umrüstung der bestehenden Gasinfrastruktur
187 für den Transport und die Speicherung fördern. Durch neue Pipelines wie H2Med
188 können wir grünen Wasserstoff beispielsweise aus den sonnenreichen Regionen
189 Südeuropas in die Industriezentren Deutschlands transportieren. Das ist ein
190 Bestandteil einer leistungsfähigen Infrastrukturunion.

191 Wir setzen uns zusätzlich für den Aufbau eines globalen Marktes für grünen
192 Wasserstoff und strategische Partnerschaften für dessen Handel zwischen der EU
193 sowie wind- und sonnenreichen Ländern weltweit ein. Dank einer Vielzahl
194 potenzieller Partnerländer können wir auf diesem Weg eine diversifizierte
195 Energieversorgung sichern und einseitige Abhängigkeiten vermeiden. Durch
196 Partnerschaften und den Transfer von Know-how sorgen wir zudem dafür, dass die
197 Länder des Globalen Südens in die Wertschöpfungskette integriert werden und von
198 der grünen Energiezukunft profitieren.

199 Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff
200 vorerst ein sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO₂-Emissionen setzen
201 wir daher vorrangig auf die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen
202 und Heizungen, da sich grüner Strom so am effizientesten nutzen lässt.
203 Wasserstoff wollen wir also priorisiert dort einsetzen, wo eine Elektrifizierung
204 nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Dazu gehören etwa die Produktion von
205 Grundstoffen wie Stahl- oder Chemieerzeugnisse, der Schwerlasttransport sowie
206 der interkontinentale See- und Luftverkehr. Zudem werden wir grünen Wasserstoff
207 bei geringer Solar- und Windenergieerzeugung sowie besonders hoher Last zur
208 Stromerzeugung einsetzen, um die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien
209 jederzeit sicherzustellen.

210 **Klimaneutralität sozial und bürgernah erreichen**

211 Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen
212 verbunden. Dieser Prozess verlangt den Menschen viel ab. Nicht nur deshalb muss
213 klimaneutral immer auch sozial heißen. Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus
214 dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an
215 die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die
216 besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Wir wollen
217 deshalb, dass die Mitgliedstaaten – wie etwa Österreich mit dem Klimabonus – ein
218 Klimageld pro Kopf auszahlen.

219 Erneuerbare Energien sind Bürgerenergien. Sie ermöglichen es den Menschen und
220 Kommunen, ihre Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Das ist
221 solidarisch und demokratisch, denn damit bleiben die Erträge vor Ort. Wir haben
222 es in der Bundesregierung erheblich vereinfacht, selbst erneuerbare Energien zu
223 nutzen. Das soll europaweit gelten: Der Einsatz von Bürgerenergie soll noch
224 finanziell attraktiver und einfacher werden. Wir wollen europäisch besser
225 verankern, dass Bürger*innen an der Energiewende teilhaben können – indem sie

226 Mitglied eines Bürgerwindparks werden, den Strom ihrer Photovoltaikanlage direkt
227 an ihre Nachbar*innen verkaufen oder die in ihren Autos und Pufferbatterien
228 gespeicherte Energie einfach zur Netzstabilisierung einsetzen.

229 Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch
230 zukünftig bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die
231 Weiterentwicklung der europäischen Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden
232 und Heizungen, um Gebäude schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen
233 Energieträgern zu befreien. Wir setzen dabei vor allem auf Beratung und
234 finanzielle Anreize. Wir möchten, dass alle Mitgliedstaaten kommunale Wärmepläne
235 entwickeln, die aufzeigen, welche Potenziale es für Erneuerbare gibt und wie
236 Abwärme oder Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden kann.

237 Mit einem effizienten Strommarkt, geringen Infrastrukturkosten und intelligent
238 aufeinander abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der
239 Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei den Verbraucher*innen. Durch die
240 Umstellung der Förderung von erneuerbaren Energien auf Differenzverträge sichern
241 wir die Stromverbraucher*innen gegen hohe Kosten ab.

242 **2. Ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort**

243 **In Innovation und Resilienz investieren**

244 Um die Infrastrukturunion zu verwirklichen, entscheiden wir uns für eine
245 strategische europäische Investitionspolitik. Das Wiederaufbauprogramm Next-
246 Generation-EU (NGEU) hat uns in der Pandemie vor einer schweren Krise bewahrt
247 und stark dazu beigetragen, dass Europa wirtschaftlich und politisch
248 zusammengehalten hat. Mit dem Ende von NGEU im Jahr 2026 droht diese wichtige
249 Säule der Finanzierung europäischer Investitionen wegzubrechen. NGEU kann uns
250 als Vorbild für eine effektive gemeinsame europäische Finanzierung von großen
251 Investitionsvorhaben – wie dem Aufbau der Infrastrukturunion – dienen.

252 Wir wollen daher ab 2026 ein großes Investitionsprogramm für Innovation und
253 Resilienz mit drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im
254 Rahmen der Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter
255 zusammenwächst – mit einem voll ausgebauten und integrierten europäischen
256 Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Zweitens wollen wir überall in Europa den
257 klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den Aufbau der Industrien von
258 morgen fördern. Und drittens wollen wir unsere Wirtschaft und unsere
259 Gesellschaften widerstandsfähiger gegen und unabhängiger von Autokratien machen.

260 **Industriepolitik aktiv gestalten**

261 Europa ist ein starker Wirtschaftsstandort mit einer vielfältigen Landschaft aus

262 kleinen, mittleren und großen Unternehmen, die eine wesentliche Grundlage für
263 unseren Wohlstand ist. Wir werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Dafür sind
264 zwei Hebel für uns zentral:

265 Zum einen stärken wir den Binnenmarkt, also den gemeinsamen Regulierungsrahmen
266 der EU für Unternehmen. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat
267 seinen eigenen Firmen unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in
268 vielen Bereichen den Goldstandard auf der Welt setzen, leistet gerade für
269 Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag zu unserem Wohlstand. Ihn
270 werden wir weiter vertiefen und seine Grundlagen verteidigen.

271 Zum anderen müssen wir feststellen: Insbesondere China, aber auch die USA mit
272 ihrem Inflation Reduction Act investieren massiv in den Aufbau neuer
273 Produktionsstandorte für Zukunftstechnologien. Wir nehmen diesen Wettbewerb an:
274 Für die EU gilt es, dem eine eigene aktive Wirtschafts- und Industriepolitik
275 entgegenzusetzen, die Europas Stärken stärkt. Sie setzt bei der Forschung an und
276 reicht bis zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört einerseits eine
277 Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für private Investitionen
278 setzt, andererseits starke öffentliche Förderprogramme etwa für
279 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure, Windräder, E-Autos und Mikrochips. Denn
280 wir wollen, dass Europa an der Spitze der Märkte der Zukunft steht und dass die
281 Produkte der Zukunft in Europa erdacht und hergestellt werden. So sichern wir
282 Jobs und Wohlstand in Europa. Gerade der Aufbau einer europäischen
283 Halbleiterindustrie ist elementar für die Erneuerung des Industriestandortes
284 Europa und dient unserer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit.

285 Hier werden wir einen Neuanfang anschieben: In der EU hat sich ein
286 Förderdschungel entwickelt, der es Unternehmen sehr schwer macht, schnell und
287 unbürokratisch an die bereitstehenden Mittel zu kommen. Das ist ein
288 entscheidender Wettbewerbsnachteil – etwa im Vergleich zu den USA. Wir treten
289 für eine kohärente und leicht verständliche Industriepolitik ein, bei der auch
290 Förderpolitik und Beihilferecht Hand in Hand gehen. Dafür wollen wir relevante
291 Teile der bisher nationalen Industriepolitiken auf die europäische Ebene
292 verlagern, die dafür finanziell sehr viel besser ausgestattet und in die Lage
293 versetzt wird, schnell und wirksam zu handeln.

294 **Unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb rüsten**

295 Die europäische Industrie kann nur langfristig wettbewerbsfähig sein und Europa
296 gleichzeitig seine Klimaziele einhalten, wenn industrielle Produktionsprozesse
297 komplett klimaneutral werden. Dafür werden wir die industrielle Basis erneuern.

298 Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion.
299 Dafür muss die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im
300 europäischen Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der

301 erneuerbaren Energien und der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit
302 Leben, damit genug grüne Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa
303 zur Verfügung steht.

304 Das wird allerdings nicht reichen: Wir wollen die Unternehmen mit einem
305 europäischen Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu
306 wollen wir einen europaweiten Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts
307 for Difference) aus dem EU-Haushalt finanzieren und somit in einem
308 Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die möglichst
309 kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO₂
310 einsparen. Hier gilt das Effizienzprinzip: größere Fußabdrücke, die einfacher
311 und günstiger eingespart werden können, zuerst. Zusätzlich wollen wir
312 europäische grüne Leitmärkte für einige besonders energieintensive Produkte aus
313 klimaneutraler Produktion wie etwa grünen Stahl schaffen. Dafür wollen wir
314 beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl
315 vorschreiben, die stetig ansteigt. Somit wird ein neuer Absatzmarkt geschaffen,
316 der klimaneutrale Produktion über einen Marktmechanismus in Gang setzt.
317 Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf
318 klimaneutrale Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich
319 beschleunigen, weil dies zu schnellerer Emissionsminderung bei gleichzeitigem
320 Erhalt von industrieller Substanz und guten Arbeitsplätzen beiträgt.

321 Mit der zeitlich gestaffelten Einführung von Resilienz- und
322 Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen und öffentlichen
323 Förderprogrammen wollen wir gezielt die Produktion dieser Produkte in Europa
324 begünstigen.

325 **Den Binnenmarkt stärken**

326 Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und
327 hilft, Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Er ist auch ein zentraler
328 Hebel, die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft voranzubringen. Er
329 ermöglicht es den europäischen Unternehmen, Waren und Dienstleistungen überall
330 in der EU anzubieten. Und Arbeitnehmer*innen ermöglicht er, überall in der EU zu
331 arbeiten. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und vertiefen: Wo es in
332 Europa eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27 verschiedene
333 befolgen.

334 Wir gestalten die Regeln für den Binnenmarkt so, dass er dabei hilft,
335 übergeordnete Ziele zu erreichen: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit,
336 Umwelt- und Klimaschutz sowie die Schaffung von fair bezahlten Arbeitsplätzen.
337 Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um widerstandsfähiger gegenüber Krisen
338 und unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden.

339 Um funktionierenden Wettbewerb zum Nutzen von Verbraucher*innen und kleinen

340 Unternehmen durchzusetzen, haben wir in Deutschland das Wettbewerbsrecht
341 verschärft. Ein solches Update braucht auch das EU-Wettbewerbsrecht. Dafür
342 wollen wir das New Competition Tool wiederbeleben, das die Kommission schon
343 einmal vorgeschlagen hatte.

344 Eine starke Wettbewerbspolitik, die die Bildung von zu starker Marktmacht
345 bekämpft und Subventionswettläufe innerhalb der EU möglichst unterbindet, macht
346 den Erfolg des Binnenmarktes aus. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten.
347 Allerdings steht Europa heute im Ringen um die Märkte der Zukunft im globalen
348 Wettbewerb mit anderen Staaten, die sich nicht an diese Regeln halten. Gerade
349 für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU- Kommission deshalb einen
350 dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten eine
351 aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich
352 Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit
353 bei Beihilfeverfahren, Ausnahmen für die Unterstützung von neuen
354 Produktionsanlagen in den Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von
355 Produktionsprozessen auf Klimaneutralität.

356 Ein Ansatz dafür sind die strategischen Förderprojekte IPCEI, mit denen die EU
357 die Industriepolitik der Mitgliedstaaten in Schlüsselsektoren wie dem Aufbau der
358 europäischen Wasserstoffinfrastruktur und die Wertschöpfungsketten rund um
359 Mikroelektronik ermöglicht und koordinieren will. Für mehr Planungssicherheit
360 für Unternehmen müssen die Beihilfeverfahren gerade im Kontext der IPCEIs
361 beschleunigt werden.

362 **Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten**

363 Wir wollen, dass der Wohlstand denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir
364 wollen mehr Gerechtigkeit für die Mitte der Gesellschaft. Dazu sind gute
365 Arbeitsbedingungen, sichere Jobs und anständige Löhne das beste Mittel. So
366 wachsen wir aus der Mitte heraus. Fachkräfte sind das Rückgrat der europäischen
367 Wirtschaft. Das gilt gleichermaßen für akademisch ausgebildete Fachkräfte wie
368 für solche mit handwerklicher oder industrienaher Ausbildung. Davon hängt auch
369 das Gelingen der Energiewende ab. Das heißt auch: Mit Investitionen in
370 Klimaschutz fördern wir gleichzeitig sichere und zukunftsfeste Arbeitsplätze.

371 Dafür müssen wir junge Menschen entsprechend ausbilden, Weiterbildungsangebote
372 für alle bereithalten – besonders auch für ältere Arbeitnehmer*innen – und
373 Fachkräfte von außerhalb gewinnen. Gleichzeitig müssen wir Frauen die
374 Möglichkeit geben, sich voll einzubringen. In vielen EU-Ländern arbeiten
375 Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir brauchen auf
376 EU-Ebene eine feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die soziale
377 Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mitdenkt.

378 Wir wollen es Frauen leichter machen, einen technischen – und damit häufig auch

379 gut bezahlten – Beruf zu wählen. Wir wollen einen Bonus einführen, den
380 Unternehmen und Betriebe, in denen bislang unterdurchschnittlich wenig Frauen
381 beschäftigt sind, bei der EU- Fördermittelvergabe erhalten können, wenn sie mehr
382 Frauen ausbilden bzw. beschäftigen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den
383 Betrieben werden wir neue Ideen entwickeln, wie wir eine gleichberechtigte
384 Teilhabe der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen können.

385 Europa konkurriert mit weiteren Weltregionen, wenn es um die Anwerbung von
386 Fachkräften geht, vom Bauingenieur über die Handwerkerin bis zur Fachkraft im
387 Krankenhaus. Wir setzen uns daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie
388 ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten sollte die EU-Blue-Card-Initiative
389 ausgeweitet werden und vielen weiteren Berufsgruppen zugutekommen.

390 Viele Beschäftigte, die in der fossilen Industrie arbeiten, sorgen sich um ihr
391 Auskommen, wenn ihre Industriezweige elektrifiziert werden. Den Wandel zu einer
392 klimaneutralen Wirtschaft wollen wir deshalb mit gut bezahlten Arbeitsplätzen,
393 attraktiven Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Tarifbindung sowie
394 wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zusammenbringen, gerade in noch
395 strukturschwachen Regionen. Unsere Industriepolitik bietet dafür einen Hebel:
396 Die Vergabe von EU-Geldern wollen wir stärker daran koppeln, dass
397 Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife
398 befolgt werden.

399 **3. Stabile Finanzen**

400 **Europa finanziell wappnen**

401 Eine zentrale Stellschraube für die Handlungsfähigkeit der EU ist ihre
402 finanzielle Ausstattung: Was wir uns in Europa gemeinsam vornehmen, müssen wir
403 auch zu einem relevanten Teil mit europäischen Mitteln finanzieren können.
404 Diesen Anspruch wollen wir endlich erfüllen, denn in den nächsten fünf Jahren
405 sind weitreichende Entscheidungen zur Finanzierung unserer gemeinsamen
406 europäischen Vorhaben bis weit in die 2030er-Jahre zu treffen.

407 Dabei werden uns zwei Prinzipien leiten: Erstens wollen wir die finanzielle
408 Ausstattung der EU insgesamt durch neue Eigenmittel und höhere nationale
409 Beiträge verbessern. Im Krisenfall haben sich zudem auch gemeinsame europäische
410 Anleihen bewährt. Zweitens muss die EU deutlich mehr Handlungsspielraum im
411 Einsatz ihrer Mittel bekommen, um sie für gemeinsame Investitionen in
412 strategisch wichtigen Bereichen wie der Industriepolitik und für eine
413 Infrastrukturunion einzusetzen. In diesem Sinne werden wir sowohl für einen
414 starken Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die Grundlage für den Haushalt der EU,
415 als auch für ein neues großes Investitionsprogramm streiten.

416 Wir wollen, dass der MFR für die Jahre 2028 bis 2035 gegenüber dem jetzigen
417 deutlich aufwächst. Dafür muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten. Es gilt,
418 gezielt die Ausgabenposten zu stärken, die Europas Handlungsfähigkeit in den
419 entscheidenden Feldern der Zukunft verbessern. Dafür müssen wir auch die
420 Ausgaben im MFR kritisch auf ihre Wirkung hin überprüfen. Das betrifft
421 insbesondere die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die Ausgaben verwalten.

422 Der Schutz unseres Gemeinwohls setzt eine auch finanziell handlungsfähige EU
423 voraus. Gerade in Zeiten massiv wachsender Aufgaben kann sie sich auf Dauer
424 nicht nur aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten finanzieren. Sie braucht auch
425 eigene Einnahmen, die ihre finanzielle Ausstattung langfristig sichern. Dafür
426 wollen wir das Prinzip festschreiben, dass Einnahmen, die infolge europäischer
427 Instrumente entstehen, im Grundsatz mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen.

428 In einem ersten Umsetzungsschritt wollen wir festlegen, dass 75 Prozent der
429 möglichen Geldschöpfungsgewinne des Eurosystems in Zukunft dem EU-Haushalt
430 zugutekommen. Auch die Einnahmen aus dem neuen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus
431 (CBAM) sollen zu 75 Prozent dem EU- Haushalt zufließen.

432 Damit die anstehenden Zins- und Tilgungszahlungen für das NGEU-Programm nicht zu
433 einer Kürzung des EU-Haushalts führen, wollen wir so schnell wie möglich den
434 bereits 2020 von Rat und Parlament beschlossenen Fahrplan zu neuen Eigenmitteln
435 in die Tat umsetzen. Dabei muss die Finanzierung der notwendigen nationalen
436 Klimafinanzierung in den Mitgliedstaaten sichergestellt werden.

437 **Wirtschafts- und Währungsunion vervollständigen**

438 Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine
439 Grundvoraussetzung für Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in
440 Europa. Doch die Architektur der Währungsunion ist weiterhin unvollständig und
441 Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das wollen wir durch ein umfassendes
442 Maßnahmenpaket ändern.

443 Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation und Resilienz verstetigen wir
444 die gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Mit
445 der Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in den EU-Rechtsrahmen
446 und der Umstellung auf Mehrheitsentscheidungen schaffen wir nationale Vetos in
447 Krisen ab und etablieren endlich eine gemeinsame europäische parlamentarische
448 Kontrolle über zukünftige EU-Hilfsprogramme.

449 Mit der Einführung einer Arbeitslosenrückversicherung nach Vorbild des EU-
450 Kurzarbeitergeldes SURE schaffen wir ein zusätzliches Auffangnetz in
451 Krisenzeiten, damit die Mitgliedstaaten Jobs sicher schützen können. Und wir
452 wollen die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden, damit auch der Finanzsektor
453

in Krisen stabilisierend wirkt.

454 Eine widerstandsfähige Währungsunion braucht auch funktionierende Regeln für die
455 Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, die die Schuldentragfähigkeit in allen
456 Ländern jederzeit sicherstellen und gleichzeitig genug Raum für Investitionen
457 und Wachstum schaffen. Die seit einem Jahrzehnt geltenden Regeln und auch der
458 Vorschlag der Europäischen Kommission werden diesem Anspruch nicht gerecht.
459 Deshalb braucht es eine ambitionierte Reform, deren Ergebnis von der Kommission
460 konsequent durchgesetzt wird.

461 Wir unterstützen die Einführung des digitalen Euros als Ergänzung zum Bargeld
462 und zum Buchgeld der Geschäftsbanken. Der digitale Euro befördert die
463 Digitalisierung der Wirtschaft und ermöglicht Verbraucher*innen digitalen
464 Zugriff auf sicheres und wertstabiles Zentralbankgeld. Als öffentliches Gut kann
465 er einen wertvollen Beitrag zur finanziellen Inklusion, zur Souveränität der EU
466 und zur Stabilität unseres Zahlungssystems im digitalen Zeitalter leisten.

467 **Bankenunion vollenden**

468 Um die klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft zu unterstützen, muss das
469 Finanzsystem resilienter werden und konsequent an den europäischen
470 Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet sein. Jede Finanzierungsentscheidung ist eine
471 Entscheidung über die Wirtschaft der Zukunft und muss deshalb auch mit unseren
472 Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sein.

473 Der Bankensektor ist in der EU zentral für die Finanzierung der Investitionen
474 von Unternehmen und Bürger*innen in die Modernisierung unserer Wirtschaft. Eine
475 weitere Bankenkrise können wir uns schon allein deshalb nicht leisten. Mit einer
476 hohen Eigenkapitalquote, regelmäßigen Stresstests und der Vollendung der
477 Bankenunion stellen wir die Banken stabil auf. Mit einer europäischen
478 Einlagenrückversicherung, die den Erhalt der Institutssicherungssysteme von
479 Sparkassen und Genossenschaftsbanken erlaubt, einem funktionierenden
480 Abwicklungsregime sowie einer Trennung des Kreditgeschäfts mit Privatkund*innen
481 vom Investmentbanking bei Großbanken können wir verhindern, dass Kreditinstitute
482 im Fall einer Insolvenz mit Steuergeld gerettet werden müssen. Indem wir Banken
483 verpflichten, die von ihnen finanzierten Emissionen schrittweise zu reduzieren,
484 sorgen wir dafür, dass ihr Geschäft in Einklang mit dem Ziel der
485 Klimaneutralität steht.

486 Neben den Banken müssen auch alle anderen Akteure des Finanzsektors wie
487 Ratingagenturen, Versicherer und Pensionsfonds Klimarisiken offenlegen und
488 berücksichtigen. Wir setzen uns dabei für mehr Kohärenz bei der europäischen
489 Gesetzgebung ein, um unnötige Bürokratie – insbesondere bei kleineren
490 Unternehmen – zu verhindern.

491 Die grüne Taxonomie der EU ist ein Mittel, um die Finanzierung
492 umweltverträglicher Wirtschaftsaktivitäten zu unterstützen. Deshalb bleibt es
493 falsch, Atomenergie und Erdgas als nachhaltig einzustufen. Nachhaltigkeit ist
494 aber komplexer als ein binäres Ja oder Nein, denn dafür brauchen wir auch starke
495 und innovative Zulieferer, zum Beispiel für E-Autos oder Windräder, die bisher
496 in der Taxonomie nicht erfasst sind. Das wollen wir zukünftig besser abbilden.
497 Wir wollen bei der grünen Taxonomie weitere Abstufungen ergänzen, damit
498 Investitionen in den Übergang in eine nachhaltige Wirtschaft ausreichend
499 finanziert werden. Es sollen zukünftig auch soziale Aspekte berücksichtigt
500 werden.

501 Grüne Geldanlagen sind im Mainstream angekommen, denn viele Menschen wollen sich
502 an Zukunftsbranchen beteiligen und dabei auch das Klima schützen. Die
503 Finanzaufsicht hat mit dem schnellen Wachstum nachhaltiger Finanzprodukte jedoch
504 nicht Schritt gehalten. Um das Vertrauen der Anleger*innen zu festigen, wollen
505 wir deshalb die europäischen Finanzaufsichtsbehörden mit weitreichenden
506 Kompetenzen gegen Greenwashing ausstatten und ein staatliches Labellsystem für
507 nachhaltige Geldanlagen einführen. Verbraucher*innen sollen Klarheit haben,
508 welchen Beitrag ein Finanzprodukt zur klimaneutralen Modernisierung unserer
509 Wirtschaft leistet.

510 Wir wollen die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg machen. Hierfür müssen wir das
511 Vertrauen der Sparer*innen zurückgewinnen. Denn Interessenkonflikte durch
512 Provisionen haben dafür gesorgt, dass Sparer*innen viel zu oft teure, riskante
513 oder unpassende Finanzprodukte verkauft wurden. Wir wollen, dass Provisionen in
514 der Finanzberatung mittelfristig keine Rolle mehr spielen und jedem den Zugang
515 zu unabhängiger provisionsfreier Beratung ermöglichen. Nur so können wir die
516 Potenziale der Kapitalmarktunion für alle zugänglich machen.

517 **4. Steuergerechtigkeit**

518 **Steuerhinterziehung bekämpfen**

519 Die Finanzierung unseres demokratischen Gemeinwesens hängt davon ab, dass alle
520 ihren fairen Beitrag leisten – für Schulen und Kinderbetreuung, für
521 Krankenhäuser, für eine gute Bus- und Bahninfrastruktur. Mutige
522 Whistleblower*innen und unabhängige Medien haben in den letzten Jahren eine
523 ganze Reihe internationaler Steuerskandale aufgedeckt. Sie haben belegt, wie
524 Superreiche und viele Großunternehmen Steuertricks nutzen, um Gewinne in
525 Niedrigsteuerländer zu verschieben: über Steuerschlupflöcher, Briefkastenfirmen
526 und Steueroasen bis hin zu Steuerbetrug. Diese Praktiken wälzen die Steuerlast
527 auf die Bürger*innen und besonders kleine und mittlere Unternehmen ab, die
528 rechtmäßig ihre Steuern zahlen. Schätzungen zufolge verursacht Steuermissbrauch
529 EU-weit Verluste von jährlich mehr als 170 Milliarden Euro. Steuerbetrug und
530 Steuerhinterziehung sind häufig grenzüberschreitende Probleme. Die EU kann hier

531 einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung leisten.

532 Auch im Kampf gegen Steuervermeidung, die beispielsweise durch Verlagerung von
533 Gewinnen in Steueroasen geschieht, wollen wir weiter voranschreiten. Es braucht
534 strengere Kriterien, um sicherzustellen, dass die EU-Liste der Steueroasen
535 wirklich vollständig wird. So fehlen aktuell namhafte Steueroasen wie
536 beispielsweise Singapur. Länder mit einem Steuersatz von null Prozent müssen
537 automatisch auf der EU-Liste der Steueroasen landen, wie beispielsweise Bermuda
538 oder die Cayman Islands. Entscheidungen darüber, welches Land auf die Liste
539 gesetzt wird, müssen transparent, nach einheitlichen Kriterien und unparteiisch
540 getroffen werden.

541 Ebenso wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden
542 wesentlich verbessern, um den EU-weiten Austausch steuerrelevanter Informationen
543 zu stärken. Wir begrüßen, dass dabei nun ebenfalls Kryptoassets voll erfasst
544 werden sollen.

545 Wir werden den Missbrauch von Briefkastenfirmen angehen, also Firmen, die nur
546 existieren, um Steuern zu hinterziehen oder zu verlagern. Wir fordern die
547 Mitgliedstaaten auf, den entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission schnell und
548 ohne ihn abzuschwächen anzunehmen – die EU wäre mit dieser Gesetzgebung weltweit
549 Vorreiterin.

550 Quellensteuern senken das Risiko von Steuerhinterziehung und -umgehung, wie es
551 sich beim Cum-Ex- und Cum-Cum-Skandal gezeigt hat, sowie die Gewinnverlagerung
552 in Niedrigsteuerländer. Wir unterstützen daher die Pläne der EU-Kommission zur
553 Einführung eines EU-weiten Systems für die Quellensteuer auf Dividenden und
554 Zinszahlungen und setzen uns für einen weiteren Schritt ein – einen EU-weiten
555 Quellensteuer-Mindestsatz. International müssen wir das Problem von
556 Quellensteuern auf Auslandszahlungen in Drittländern außerhalb der EU angehen.

557 **Steuerdumping beenden**

558 Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften und der Steuerwettbewerb
559 zwischen den EU- Mitgliedstaaten bei den Körperschaftssteuersätzen erschweren
560 faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt. Um dem entgegenzuwirken, muss die
561 Steuergesetzgebung Schritt halten mit neuen Geschäftsmodellen, die
562 internationaler, komplexer und digitaler geworden sind. So profitieren die
563 großen Digitalunternehmen mit ihren immateriellen Gütern (wie Daten, Wissen oder
564 Algorithmen) davon, dass Unternehmensgewinne am Ort einer physischen
565 Niederlassung oder Fabrik besteuert werden und nicht beispielsweise dort, wo die
566 Nutzer*innen digitaler Dienste verortet sind. Wir wollen verhindern, dass der
567 Bäckerladen um die Ecke einen deutlich höheren Steuersatz zahlt als ein
568 internationaler Großkonzern. Alle Unternehmen müssen ihren gerechten Anteil zur
569 Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

570 Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa ist
571 ein großer Schritt genommen worden: Die EU hat sich – infolge eines Durchbruchs
572 auf Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
573 (OECD) – endlich auf eine Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen
574 von 15 Prozent geeinigt. Damit können sie sich einem Mindeststandard an
575 Besteuerung nicht mehr entziehen. Die Umsetzung in den Mitgliedstaaten und der
576 Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen EU-Rahmen zur
577 Unternehmensbesteuerung (BEFIT) müssen nun folgen. Die Einigung auf die
578 Mindestbesteuerung ist ein zentraler Schritt bei der Reform des internationalen
579 Steuersystems. Er reicht aber noch nicht aus, damit die großen
580 Digitalunternehmen, der E-Commerce oder multinationale Unternehmen in Europa
581 fairer besteuert werden. Sollten bei den auf OECD-Ebene aktuell stockenden
582 Verhandlungen in diesem Bereich keine Fortschritte absehbar sein, sollte die EU-
583 Kommission vorschlagen, wie dieses Ziel europäisch weiterverfolgt werden kann.

584 Steuertransparenz ist ein wirkungsvolles Instrument, da es Steuerdumping für
585 alle sichtbar macht. Die Einigung auf die öffentliche länderbezogene
586 Steuerberichterstattung von Großunternehmen im Jahr 2021 war in diesem Sinne ein
587 Meilenstein. Wenn große Unternehmen offenlegen, wie viel Steuern sie in den
588 einzelnen EU-Mitgliedstaaten zahlen, führt das zu einer besseren Kontrolle ihrer
589 Steuerpraktiken. Aber es werden noch nicht alle Länder erfasst. Wir werden
590 darauf hinarbeiten, die im Gesetz verankerte Klausel zur Überprüfung der
591 Richtlinie zu nutzen, um die Richtlinie zu verbessern und eine weltweite
592 Aufschlüsselung relevanter Steuerdaten zu erreichen. Um einen zerstörerischen
593 Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verhindern, braucht es
594 darüber hinaus ein klares Rahmenwerk der EU für Steuerbegünstigungen, die
595 einzelne Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren können.

596 **Gemeinwesen solidarisch finanzieren**

597 Steuergerechtigkeit heißt, dass hohe Vermögen und Milliarden Gewinne von
598 Unternehmen einen fairen Beitrag leisten müssen, um das Gemeinwesen solidarisch
599 zu finanzieren, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu fördern und soziale
600 Ungleichheit abzubauen. In der ganzen EU hat die starke Ungleichverteilung und
601 Konzentration insbesondere von Vermögen weiter zugenommen.

602 Um diese Probleme adressieren zu können, muss die EU auch in der Steuerpolitik
603 handlungsfähig sein. Vorstöße gegen Steuerdumping und Steuerflucht werden immer
604 wieder durch Vetos einzelner EU-Mitgliedstaaten verhindert. Wir wollen die
605 bestehenden Möglichkeiten der Verträge ausschöpfen, qualifizierte
606 Mehrheitsentscheidungen zu treffen. Perspektivisch eröffnet die Überwindung des
607 Einstimmigkeitsprinzips größeren gemeinsamen Handlungsspielraum.

608 Infolge des russischen Kriegs in der Ukraine erzielten Öl- und Gaskonzerne durch
609 hohe Energiepreise extrem hohe Zufallsgewinne. Diesen unverhältnismäßigen

610 Gewinnen einiger Krisengewinner stehen Höchststände bei der Armut gegenüber, die
611 durch sprunghaft gestiegene Lebenshaltungskosten noch verstärkt wurden. Dass
612 sich die EU in dieser Situation auf eine Übergewinnsteuer geeinigt hat, durch
613 die die großen Energiekonzerne einen Krisenbeitrag an die Gesellschaften
614 zurückgeben, ist ein großer Erfolg. Ein Teil der gegenwärtigen Inflation wurde
615 durch überzogene Profite verursacht und ist nicht durch gestiegene
616 Produktionskosten gerechtfertigt. Wir fordern, das Instrument der
617 Übergewinnsteuer auch für andere Bereiche fest zu verankern, um in ökonomischen
618 Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Schlupflöcher wie das
619 Kleinrechnen von Gewinnen über mehrere Geschäftsjahre oder die Gewinnverlagerung
620 ins Ausland müssen geschlossen werden. Unternehmen, die in erneuerbare Energien
621 reinvestieren, sollten eine Gutschrift erhalten.

622 **5. Innovationskraft und Bürokratieabbau**

623 **Europäische Forschung an der Weltspitze verankern**

624 Für die großen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
625 Herausforderungen unserer Zeit brauchen wir das gebündelte Wissen unseres
626 gesamten Kontinents und darüber hinaus. Deswegen ist eine europäische
627 Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Menschen und Institutionen aus ganz
628 Europa verbindet und sie bei der Entfaltung einer freien Forschung unterstützt,
629 ein Schlüsselement für eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Wir wollen,
630 dass die nächsten großen Durchbrüche für eine komfortable und klimafreundliche
631 Mobilität, für Hochleistungsrechner oder ein Medikament gegen Krebs oder
632 Alzheimer in Europa erdacht und produziert werden.

633 Im Zentrum steht dabei das Programm Horizont Europa, das die
634 Forschungsaktivitäten der EU bündelt. Es ist ein höchst erfolgreiches und bei
635 Antragsteller*innen sehr beliebtes Förderprogramm, das weltweit seinesgleichen
636 sucht. Wir wollen seinen Umfang im nächsten europäischen Finanzrahmen ausbauen.

637 Europäische Forschungspolitik muss die freie Grundlagenforschung ebenso wie die
638 missions- und anwendungsorientierte Forschung beinhalten. Zentral dafür ist die
639 Klimaforschung, für die wir im laufenden Zyklus von Horizont Europa eine feste
640 Quote von 35 Prozent für die europäische Klimaforschung verankern konnten. Wir
641 treten für eine gut ausgestattete Grundlagenforschung ein – etwa im European
642 Research Council, der Exzellenzforschung par excellence. Die für Forschende so
643 wichtige Marie-Skłodowska-Curie-Mobilitätsförderung wollen wir verstetigen. Wir
644 machen uns auch weiterhin dafür stark, dass Sozial- und Geisteswissenschaften
645 (SSH) einen festen Platz in der EU-Förderkulisse bekommen, denn sie sind von
646 hoher Bedeutung für lebendige und resiliente Kultur, Gesellschaft und
647 Demokratie. Open Science, also das Prinzip, dass Forschungsergebnisse frei
648 zugänglich sein sollen, wollen wir als Prinzip von Horizont Europa weiterhin
649 stärken.

650 Horizont Europa ist bereits mit vielen Partnerländern weltweit verbunden, was
651 den Wissensaustausch fördert. Wir haben aber für unsere Forschenden den
652 Anspruch: Horizont Europa muss noch internationaler werden und weitere
653 Partnerländer einbinden.

654 **Aus Ideen Wohlstand machen**

655 Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender
656 Bedeutung. Wir wollen sie auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen.
657 Innovationen sind als Wachstumskeime ein entscheidender Baustein für den
658 wirtschaftlichen Erfolg von morgen.

659 Aufbauend auf der Grundlagenforschung gestalten wir eine missionsorientierte
660 Forschung, die uns dabei hilft, die großen Herausforderungen unserer Zeit
661 anzugehen: Wir brauchen beispielsweise einen schnelleren Roll-out der
662 erneuerbaren Energien, effektive Behandlungen für Krebs, smarte digitale
663 Lösungen für Klima, Energie und Mobilität und nicht zuletzt soziale
664 Innovationen, um kluge Konzepte umzusetzen. Die Missionen von Horizont Europa
665 sollen sich weiterhin insbesondere am Green Deal orientieren. Um sie umzusetzen,
666 wollen wir Hochschulen, Institute, Zivilgesellschaft, Start-ups und die
667 Industrie zusammenbringen.

668 Innovationspolitik ist ein entscheidender Teil unserer aktiven Wirtschafts- und
669 Industriepolitik. Wir wollen die Programmbestandteile von Horizont Europa so
670 ausbauen, dass sie schnell und dynamisch die besten Ideen auf dem Weg zu ihrer
671 Umsetzung unterstützen.

672 Dafür soll die EU auch verstärkt regionale Innovationsökosysteme unterstützen
673 und dabei neben den Universitäten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften
674 bzw. Fachhochschulen in den Blick nehmen. Bisher profitieren diese von der EU-
675 Förderung häufig nicht im selben Maße wie Universitäten, sind aber besonders in
676 der anwendungsnahen Forschung sehr stark. Solche Cluster von Forschung, Lehre
677 und Anwendung sind zentral, um Innovationen zu fördern, sichtbar zu machen und
678 vor Ort klimaneutralen Wohlstand zu schaffen.

679 Die bestehenden Instrumente wollen wir handhabbarer und schneller machen. Dies
680 gilt beispielsweise für die Wissensgemeinschaften (KIC), die sich besonders der
681 Nachwuchsausbildung widmen, zum Beispiel in Master- oder
682 Weiterbildungsprogrammen. So können wir dafür sorgen, dass wir möglichst vielen
683 eine Chance geben, sich in die Zukunftsbranchen einzubringen.

684 Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen sind auch in diesem
685 relevanten Bereich von großer Bedeutung: Die Kommission hat eine Vielzahl von
686 öffentlich-privaten Partnerschaften geschaffen, die EU-Gelder gemeinsam mit der
687

688 Industrie verwalten. Wir möchten hier eine Transparenzinitiative starten und
689 sicherstellen, dass Hochschulen, Forschungsinstitute und Gründer*innen stärker
von diesen Förderinstrumenten profitieren.

690 **Mit Europäischen Start-ups durchstarten**

691 Eine innovative Unternehmenslandschaft braucht ein lebendiges
692 Gründungsgeschehen. Hier entstehen die erfolgreichen Geschäftsmodelle von
693 morgen. Dafür muss Gründen schneller und einfacher werden. Wir setzen uns dafür
694 ein, dass bisher weniger aktive Mitgliedstaaten beispielsweise von Estland, dem
695 europäischen Vorreiterland für Start-ups, lernen können.

696 Wir brauchen in der Kommission eine klare Zuständigkeit für Start-ups, damit der
697 Know-How- Transfer in der EU besser koordiniert und eine Strategie für das
698 europäische Gründungsgeschehen erarbeitet wird.

699 Wir wollen sicherstellen, dass es in jedem Mitgliedsland One-Stop-Shops gibt.
700 Dort finden Gründer*innen Begleitung und Beratung aus einer Hand. Einen
701 Überblick über alle Förderprogramme für Gründer*innen soll ein digitaler Kompass
702 bieten. Mit einem Klick ohne Umwege zur Antragstellung – das ist unser Ziel.

703 Die European Tech Champions Initiative, die die Bundesregierung gemeinsam mit
704 anderen EU- Mitgliedstaaten ins Leben gerufen hat, ist ein wichtiger Baustein,
705 um Start-ups in der Wachstumsphase besser zu unterstützen. Ergänzend wollen wir
706 regelmäßige europäische Matching Hubs ins Leben rufen, die private
707 Investor*innen mit Gründer*innen an einen Tisch bringen, eine Messe für
708 Geschäftsmodelle der Zukunft.

709 **Mittelstand fördern**

710 Die Innovationsfähigkeit und die Tatkraft der KMU und des Handwerks sind Motor
711 der europäischen Wirtschaft. Diese Unternehmen werden im Verhältnis besonders
712 stark durch die Einführung neuer Regelungen belastet. Um sie zu unterstützen,
713 wollen wir KMU-Tests verbessern und konsequent anwenden, mit denen neue Gesetze
714 auf ihre Auswirkungen auf KMU überprüft werden. Wir setzen uns zusätzlich für
715 angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein. Durch
716 vereinfachte Antragsverfahren erleichtern wir den Zugang von KMU zu Förder- und
717 Investitionsprogrammen der EU. Mithilfe von festgelegten KMU- Quoten stellen wir
718 sicher, dass diese Programme ihnen auch tatsächlich zugutekommen. Die
719 Förderlandschaft in der EU werden wir vereinheitlichen und stärker mit
720 nationalen Förderinstrumenten verzahnen.

721 Manche Gesetzesvorschriften erweisen sich als mittlerweile überholt, andere in
722 der Praxis als untauglich. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller

723 Regulierungen ein, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und
724 Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder zu streichen. Beispielsweise wollen
725 wir die Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen und die AI-Bescheinigungen
726 durch einen praktikableren Ansatz ersetzen.

727 Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der
728 Verwaltung. Dadurch können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch
729 automatisiert und Anträge leichter gestellt werden. Verwaltungsleistungen sollen
730 so weit wie möglich digital erfolgen. Verfahrensstände sollen online einsehbar
731 werden. Durch eine stärkere Vernetzung von europäischen und nationalen Behörden
732 soll das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit Daten künftig nur noch
733 einmal bei Unternehmen abgefragt werden, um sie dann im Rahmen der
734 datenschutzrechtlichen Vorgaben und innerhalb der Behörden austauschen zu
735 können. Die Schriftformerfordernis in Verwaltungsverfahren wollen wir weitgehend
736 abschaffen.

737 **6. Digitale Souveränität**

738 **Europa digital fit machen**

739 Digitalisierung liefert einen Schlüssel für zentrale Herausforderungen unserer
740 Zeit. Sie erlaubt es, grundlegende Lebensbereiche wie Verkehr, Bildung,
741 Gesundheit oder Energie völlig neu zu denken. Damit bietet sie enorme Chancen
742 für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Vereinfachung vieler Aufgaben
743 für alle – von lästigen Verwaltungsgängen über das Management von Lieferketten
744 in der Industrie bis hin zur Erforschung und Therapie schwerer Krankheiten. Wir
745 wollen sie als Grundlage eines fairen, dezentralen, hoch vernetzten und
746 resilienten Wirtschaftssystems gestalten.

747 Auch im digitalen Bereich erleben wir einen Systemwettbewerb – zwischen einer
748 emanzipatorischen Digitalisierung, die Bürger*innen befähigt und Freiheit
749 stärkt, und einer Digitalisierung, die entmündigt und Überwachung fördert.
750 Europa muss sich in diesem Wettstreit selbstbewusst positionieren. Wir wollen
751 deshalb die digitale Souveränität Europas sichern, stärken und ausbauen.

752 Basis einer digitalen europäischen Souveränität ist unter anderem eine
753 resiliente und klimafreundliche Infrastruktur, zu der Breitbandnetze,
754 Mobilfunknetze, Knotenpunkte, Rechenzentren und die Verlässlichkeit sensibler
755 Lieferketten zählen. Wir wollen vermehrt die Entwicklung und Produktion von
756 Infrastrukturkomponenten in Europa vorantreiben, seien es Halbleiter oder
757 Mobilfunktechnik. Dabei können wir auf starke europäische Unternehmen in
758 verschiedenen Sektoren der Digitalisierung aufbauen. Die Anbindung an die
759 globale Netzinfrastuktur, ob bei Unterseekabeln oder Knotenpunkten, wollen wir
760 mit starken europäischen Akteuren gestalten.

761 Digitalisierung voranzutreiben, heißt auch, sie in politischen Vorhaben
762 mitzudenken. Wir wollen die digitale Umsetzung von Gesetzesvorhaben bereits im
763 legislativen Prozess berücksichtigen. Damit können staatliche Dienstleistungen
764 schneller und effizienter erbracht werden. Vor allem kann die Digitalisierung
765 der Verwaltungsprozesse helfen, politische Regeln – vom
766 Grenzausgleichsmechanismus CBAM bis zum Datenschutz – in der wirtschaftlichen
767 Praxis handhabbar zu machen.

768 Die rasanten Fortschritte in der Entwicklung und Anwendung von KI stellen eine
769 riesige Chance für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser
770 Leben vereinfachen und unseren Wohlstand mehren, sie kann Prozesse in Alltag,
771 Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-
772 gestützte Verfahren können beispielsweise dabei helfen, den Einsatz von Wasser
773 sowie Pestiziden zu verringern und gleichzeitig den Ernteertrag erhöhen. Sie
774 schonen die Umwelt und erhöhen die Wirtschaftlichkeit. Wir wollen KI nach
775 unseren gemeinsamen Werten einsetzen. Mit dem KI-Gesetz macht Europa einen
776 großen Schritt in diese Richtung, der weltweit wahrgenommen und genau beobachtet
777 wird. Wir wollen diese Potenziale gestalten und nutzbar machen, dazu gehören die
778 bessere Verfügbarkeit von Daten und die Unterstützung bei Forschung und
779 Transfer.

780 Mit datensparsamen und nachhaltigen technologischen Lösungen sowie mit Open-
781 Source- und Open-Data-Lösungen schaffen wir europäische Standortvorteile.

782 Wir wollen ökologische Standards in der IT international etablieren,
783 Nachhaltigkeitsstandards für Softwaredesigns entwickeln und implementieren sowie
784 energieintensive Rechenzentren klimaneutral betreiben lassen. Für Software und
785 vernetzte Geräte muss „Sustainability by Design“ die Regel sein; für KI, Cloud-
786 Plattformen, Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze und soziale Netzwerke
787 muss die EU Nachhaltigkeitsstandards entwickeln. Dazu fordern wir einen Digital
788 Sustainability Act, ein europäisches Gesetz, das die Innovationskraft des
789 Sektors für Informations- und Kommunikationstechnologie für Nachhaltigkeit
790 optimiert. Eine Abwärmeinfrastruktur von Rechenzentren wollen wir in die
791 europäische Energieinfrastruktur integrieren.

792 **Daten rechtebasiert nutzen**

793 Daten und die Verarbeitung von großen Datensätzen sind die Grundlage für
794 zahlreiche innovative Technologien und besonders der KI. Die kluge Nutzung von
795 Daten leistet einen wichtigen Beitrag dazu, unser Zusammenleben zu bereichern
796 und zahlreiche gesellschaftliche Probleme anzugehen sowie wirtschaftliches
797 Wachstum zu fördern, Ressourcen zu schonen und die wissenschaftliche Forschung
798 voranzubringen.

799 Die Entwicklung von KI und der Erfolg europäischer KI-Modelle hängen vor allem

800 an der Verfügbarkeit von Daten. Wir wollen nicht personenbezogene Daten
801 rechtebasiert besser nutzbar und leichter zugänglich machen. Wir haben dazu
802 beigetragen, dass dieses Prinzip bei der Gesetzgebung zur Nutzung und dem
803 verbesserten Austausch von Daten zwischen Unternehmen im Rahmen der
804 Datenstrategie umgesetzt wurde. Projekte wie die Smart City Barcelona können ein
805 Vorbild sein, wie Daten verfügbar gemacht werden und Forschung sowie Innovation
806 vorangetrieben werden.

807 Die EU hat mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) den Datenschutz in den
808 vergangenen Jahren weltweit stark geprägt und globale Maßstäbe bei der Regelung
809 des Schutzes von personenbezogenen Daten gesetzt.

810 Die Durchsetzung der Regeln in den Mitgliedstaaten ist allerdings
811 unterschiedlich. Während in Deutschland Entbürokratisierung und mehr
812 Rechtssicherheit nötig sind, müssen die Regeln gegenüber den internationalen
813 Digitalkonzernen mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten genauso konsequent
814 durchgesetzt werden. Gerade die Big-Tech-Unternehmen haben sich aufgrund der
815 laxen Durchsetzung in den letzten Jahren Wettbewerbsvorteile verschaffen können,
816 die für alle Wirtschaftsbereiche und insbesondere im Bereich Werbung, soziale
817 Netzwerke und KI entscheidend sind. Deshalb muss die Europäische Kommission für
818 eine einheitliche und konsequente Durchsetzung der DSGVO sorgen, um die Grund-
819 und Bürger*innen-Rechte wirksam zu schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen
820 für alle Unternehmen zu schaffen, die eine Sonderbehandlung von Großkonzernen
821 gegenüber KMU ausschließen.

822 Durch die Digitalisierung des Datenschutzes sehen wir weitere Möglichkeiten,
823 Nutzer*innen in der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu unterstützen, KMU die
824 Umsetzung zu vereinfachen und allseitige Rechtssicherheit zu schaffen. Darüber
825 hinaus erleichtert der Ansatz es Bürger*innen, ihre Daten für Forschungszwecke
826 zu spenden und so die für KI-Modelle notwendigen Datenpools zu erzeugen.

827 **Digitale Standards setzen**

828 Vertrauen und Verlässlichkeit sind für Verbraucher*innen und Unternehmen das A
829 und O einer erfolgreichen Digitalisierung. Dieses Vertrauen wird durch
830 gemeinsame Standards gefördert und gewährleistet. Daher treten wir für faire,
831 offene und resiliente digitale Regelungsrahmen ein. Unser besonderes Augenmerk
832 richtet sich auf die notwendige Investitionssicherheit für europäische
833 Unternehmen, insbesondere KMU. Denn nur klare und verlässliche Regeln stellen
834 innovative, vertrauenswürdige und somit erfolgreiche Wirtschaftsräume sicher.
835 Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte- Gesetz (DMA)
836 haben wir in der EU dazu wichtige Schritte getan. Die Vollendung des digitalen
837 Binnenmarktes kann Europa dabei helfen, global wettbewerbsfähig zu sein.

838 Ein wesentlicher Schlüssel erfolgreicher Digitalpolitik liegt in der

839 Interoperabilität: Europas digitale Systeme müssen die gleiche Sprache sprechen.
840 Interoperabilität bezeichnet die Fähigkeit von IT-Systemen, über die Grenzen von
841 Unternehmen, Behörden und Forschungseinrichtungen hinweg Geschäftsprozesse
842 abzuwickeln – vollautomatisch, ohne manuelle Zuarbeiten. Das erfordert die
843 Standardisierung gemeinschaftlicher Softwareschnittstellen, spezifisch für jeden
844 Anwendungsfall. Auf diese Weise können Einzelpersonen, Firmen,
845 Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gleichermaßen
846 miteinander Transaktionen ausführen.

847 Die Erfahrung zeigt, dass Standardisierung innovativen Technologien zum
848 Durchbruch verhelfen kann. Beispiele dafür sind das World Wide Web oder der
849 digitale Mobilfunk (GSM). Interoperabilität durchbricht Monopolstellungen,
850 eröffnet damit Wirtschaftsräume und milliardenschwere Märkte, die vor allem den
851 kleinen und mittleren Unternehmen aus Europa riesige Chancen bieten.

852 Die EU hat mit dem European Interoperability Framework (EIF) einen ersten
853 Kristallisationspunkt geschaffen, an dem wir ansetzen: In verschiedenen Gruppen
854 erarbeiten Vertreter*innen unterschiedlicher Interessensgruppen die
855 standardisierten IT-Schnittstellen (Profile) für den jeweiligen Anwendungsfall.

856 Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein.
857 Willkürlichen Konsortien internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir
858 wollen die Standardisierung daher ebenso für Entwickler*innen, die
859 Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen. Damit alle unter
860 gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr
861 Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese
862 demokratische Governance zu wachen sowie für Planungs- und
863 Investitionssicherheit zu sorgen. Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der
864 öffentlichen Hand als Kundin einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese
865 Standards am Markt durchzusetzen.

866 **Verbraucherschutz digitalisieren**

867 Die zunehmende Relevanz von Software und digitalen Plattformen muss sich im
868 Verbraucher*innenschutz widerspiegeln. In den vergangenen Jahren hat die EU hier
869 bedeutende Fortschritte gemacht. Mit dem DSA und dem DMA haben wir in Europa die
870 Grundsteine gelegt, um klare Regeln im Internet zu schaffen und Wettbewerb
871 wiederherzustellen. Die Big-Tech- Konzerne müssen nun regelmäßig das Risiko
872 bewerten, das ihre Algorithmen für die Gesellschaft darstellen – und wo nötig
873 Gegenmaßnahmen vorschlagen. Auf unseren Druck hin erhalten Wissenschaftler*innen
874 und NGOs Zugang zu den Daten der Plattformen, um deren Wirkungsweise zu
875 erforschen und öffentlich zu machen. Diese Regeln gilt es jetzt, in Deutschland
876 und Europa konsequent durchzusetzen und aufgrund der durch Datenzugänge
877 gewonnenen Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Gesetze zum Schutz von
878 Verbraucher*innen im digitalen Raum müssen durchgesetzt und angewendet werden;

879 hierzu wollen wir auf nationaler und europäischer Ebene die
880 Verbraucherschutzstellen stärken. Die Regulierung digitaler Plattformen muss die
881 Dominanz großer digitaler Marktplätze stärker in den Blick nehmen. Immer stärker
882 kommt es in diesem Zusammenhang auch zu Grundrechtsverletzungen dieser
883 Plattformen, wenn Nutzer*innen grundlos gesperrt werden.

884 Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, die KMU gute Zugänge bieten
885 und Verbraucher*innen nicht unbegrenzter Marktmacht aussetzen. Es muss
886 gewährleistet sein, dass diese ihre Produkte zu fairen Bedingungen online
887 handeln können. Dafür werden wir nötigenfalls das Wettbewerbsrecht nachschärfen.
888 Wir wollen die Rechte von Nutzer*innen auf digitalen Kommunikationsplattformen
889 stärken. Interoperabilität hilft dabei: Plattformen sollen miteinander
890 kommunizieren können, sodass Nutzer*innen unterschiedlicher Dienste miteinander
891 in Austausch treten können. Das Umziehen von Daten wird dadurch möglich und
892 verbessert, damit Nutzer*innen beim Verlassen von Plattformen darauf
893 zurückgreifen können.

894 **7. Kreislaufwirtschaft**

895 **Abhängigkeiten bei Rohstoffen reduzieren**

896 Sie stecken im E-Auto auf der Straße oder im Solarpanel auf dem Dach: Für eine
897 klimaneutrale Wirtschaft, die nötigen Technologien und Produkte brauchen wir
898 Rohstoffe. Laut Internationaler Energieagentur (IEA) wird sich der Bedarf an
899 metallischen Rohstoffen allein für grüne Energietechnologien bis zum Jahr 2040
900 vervierfachen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. Ein großer
901 Teil dieser Rohstoffe wird derzeit in Ländern des Globalen Südens abgebaut – und
902 in der Volksrepublik China in Schmelzen und Raffinerien weiterverarbeitet.
903 Deutsche und europäische Unternehmen sind bei einer Reihe von Metallen zu 75 bis
904 100 Prozent auf Importe angewiesen. Da mit China derzeit ein einziges Land die
905 zentrale Stellung in der Rohstofflieferkette einnimmt, muss Europa seine
906 Rohstoffquellen diversifizieren, um die eigene Unabhängigkeit zu sichern. Wir
907 setzen uns deshalb für die Gründung einer europäischen Rohstoffagentur sowie für
908 regelmäßige und verpflichtende Stresstests für betroffene Unternehmen ein, um
909 die Rohstoffsicherheit der europäischen Wirtschaft zu gewährleisten.

910 Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir einen großen Schritt für
911 mehr Rohstoffsicherheit gemacht. Das Ziel des CRMA ist, dass nicht mehr als 65
912 Prozent der Importe kritischer Rohstoffe aus einem einzigen Drittstaat kommen
913 dürfen. Unser Ansatz der Diversifizierung basiert auf verschiedenen Säulen: die
914 Reduktion des Rohstoffverbrauchs und die Umsetzung einer effektiven
915 Kreislaufwirtschaft, die Substitution besonders knapper Rohstoffe, die
916 Verwendung und Weiterverarbeitung heimischer Rohstoffe in der EU sowie die
917 Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf die Ausweitung der
918 partnerschaftlichen Kooperationen mit Ländern weltweit setzt und dabei

919 ambitionierte Nachhaltigkeitsziele verfolgt.

920 **Zirkulär wirtschaften**

921 Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine
922 wettbewerbsfähige Wirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen
923 und wir machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der größte Beitrag zur
924 Rohstoffsicherheit ist das Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte
925 Nutzung. Die Kreislaufwirtschaft verfolgt das Ziel, dass Materialien und
926 Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast, wiederverwendet, repariert,
927 aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert werden. Das
928 beginnt schon beim Entwerfen von neuen Produkten. Deshalb wollen wir eine
929 ressourcenschonende, langlebige und umweltfreundliche Gestaltung im Sinne eines
930 „Designs for Recycling“ unterstützen. Es ist gut, dass die Ökodesign-Richtlinie
931 nun auch in diesem Sinne weiterentwickelt wird. Verbrauchsgüter sollen strengere
932 Mindestkriterien erfüllen, um Klima und Ressourcen zu schonen. Produzenten
933 müssen den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in den Blick nehmen, damit neben
934 der Produktion auch die Verwendung und die Verwertung möglichst nachhaltig sind.
935 Wir setzen auch auf die nachhaltige Nutzung des bestehenden Gebäudebestands und
936 den Einsatz modularer Bauweisen.

937 Viel zu oft landet zum Beispiel die Waschmaschine auf dem Müll, weil es
938 einfacher und günstiger ist, sie neu zu kaufen, als sie reparieren zu lassen. So
939 werden Ressourcen unnötig verbraucht und in der EU jährlich 35 Millionen Tonnen
940 Abfall aus noch gebrauchsfähigen Waren verursacht. Für eine Gesellschaft ohne
941 Müll wollen wir das Recht auf Reparatur, eine Pflicht zur Bereitstellung von
942 Ersatzteilen und die Zerstörung von Neuwaren minimieren. Auch das Zerstören
943 zurückgeschickter Waren aus dem Onlinehandel soll so bald ein Ende haben.

944 Noch immer verlieren wir wertvolle Rohstoffe zur Produktion von Waren aufgrund
945 lückenhafter Regeln. Illegalen Abfallexporten wollen wir durch eine konsequente
946 Umsetzung der neuen Abfallverbringungsverordnung den Riegel verschieben. Wir
947 setzen uns dafür ein, dass Plastikmüllexporte in Drittstaaten gänzlich beendet
948 werden.

949 Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit in der EU brauchen wir einen
950 europäischen Ansatz, damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazität
951 auf unserem Kontinent effektiv nutzen können. Dazu gehört auch der heimische
952 Bergbau von knappen Rohstoffen und die Stärkung der
953 Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
954 die EU dies unter Einhaltung von hohen Nachhaltigkeits- und
955 Menschenrechtsstandards ambitioniert voranbringt.

956 Doch Rohstoffquellen gibt es nicht nur unter der Erde: In unseren Häusern,
957 Infrastrukturen, aber auch in unseren Deponien und Halden liegen

958 Rohstoffquellen, die wir bislang nicht ausreichend erschlossen haben. Deshalb
959 wollen wir eine konsequente Wiederverwendung und Weiternutzung von Rohstoffen
960 durch eine zirkuläre Wirtschaft fördern, die die Chancen der Digitalisierung
961 nutzt, sowie das sogenannte Urban Mining vorantreiben. Dadurch schaffen wir neue
962 Geschäftsmodelle und verringern gleichzeitig den Bedarf an knappen
963 Primärrohstoffen.

964 Mehrweg- und Pfandsysteme möchten wir europaweit vereinheitlichen und ausweiten.
965 Wir wollen die Sammelquoten von Batterien erhöhen und insbesondere ein
966 Rückgabesystem für Lithium- Ionen-Batterien einführen. Die Verwendung von
967 kritischen Rohstoffen wie Lithium sollte durch weniger kritische Mineralien
968 ersetzt werden, etwa durch den verstärkten Einsatz von Natrium- Ionen-Batterien.
969 Hierfür wollen wir weitere Forschungsgelder bereitstellen.

970 **Rohstoffpartnerschaften schließen**

971 Um unsere Rohstofflieferquellen außerhalb der EU vielfältiger zu gestalten,
972 setzen wir uns für eine nachhaltige Rohstoffaußenpolitik ein. Sie zielt darauf
973 ab, neue und strategische Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und
974 bestehende Partnerschaften zu vertiefen. Wir unterstützen internationale
975 Kooperationsformate wie die Minerals Security Partnership (MSP) und eine
976 verstärkte Zusammenarbeit der G7 im Rahmen des Clubs für kritische Rohstoffe.

977 Darüber hinaus wollen wir partnerschaftliche Kooperationen mit rohstoffreichen
978 Ländern weltweit vertiefen und diese bei der Um- und Durchsetzung ihrer
979 Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsstandards unterstützen. Wir wollen
980 Kooperationsangebote nicht nur einseitig im europäischen Versorgungsinteresse
981 ausrichten, sondern Partnerländern dabei zur Seite stehen, ihre Wertschöpfung im
982 Rohstoffsektor zu erhöhen und sie so besser in Lieferketten zu integrieren. Wir
983 wollen Länder bei dieser Aufgabe über den Global Gateway und andere
984 Finanzierungsinitiativen unterstützen und in diesem Kontext auch den Ausbau von
985 Transport- und Energieinfrastruktur fördern.

986 **8. Moderne Mobilität**

987 **Europas Verkehrswende voranbringen**

988 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in Europa sicher und bezahlbar mobil
989 zu sein. Damit das auch morgen noch so ist, gestalten wir ein Verkehrssystem,
990 das klimaneutral funktioniert. Dazu gehört, dass Menschen sich auch ohne eigenen
991 Personenkraftwagen (Pkw) komfortabel bewegen können. Wir brauchen gut ausgebaute
992 Schienenwege und attraktive Züge, ein engmaschiges Netz an Radwegen und
993 Radrouten, den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, ein sicheres Straßennetz,
994 klimaneutralen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive Angebote, um verschiedene

995 Verkehrsträger zu kombinieren.

996 Eine solche Verkehrswende ist ein zentraler Baustein für ein gutes und
997 selbstbestimmtes Leben im Einklang mit dem Klimaschutz – in der Stadt und auf
998 dem Land. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiter
999 ausgebaut wird. Insbesondere die Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen
1000 den Ländern, europäischer Güterverkehr und gute Nachtzüge haben für uns
1001 Priorität.

1002 Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken
1003 innerhalb Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen.
1004 Ein massiver Ausbau des Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns
1005 deshalb für reduzierte Trassenpreise, eine bessere Förderung für
1006 grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der Eisenbahninfrastruktur und
1007 insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne Schlafwagen ein.

1008 Die Stärkung von Bahn- und Fahrradwirtschaft bietet nicht zuletzt große
1009 Beschäftigungspotenziale in der Entwicklung, Produktion und Instandhaltung.
1010 Insbesondere das industriepolitische Potenzial der Fahrradwirtschaft für lokale,
1011 ressourceneffiziente Produktion ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Deshalb
1012 setzen wir uns für eine europäische Fahrradstrategie ein, die auch den Bau
1013 sicherer Fahrradwege und die Förderung der privaten und gewerblichen Nutzung von
1014 Cargobikes umfasst.

1015 **Tickets einfach buchen**

1016 Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle
1017 Zugreisen in Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-
1018 System können wir Buchungsplattformen in die Lage versetzen, durchgehende
1019 Fahrkarten einschließlich Sharing- Angeboten für alle anzubieten. Dabei werden
1020 jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache Weise zugänglich gemacht.
1021 Reisende werden anschauliche und transparente Informationen zu den Kosten,
1022 Fahrzeiten sowie zur Klimawirkung der jeweiligen Reiseoption bekommen und die
1023 für sie beste Option wählen können. Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt,
1024 müssen Buchungen einfacher erfolgen.

1025 Dies sollte auch für den Offlineverkauf von Fahrscheinen gelten.
1026 Interrailtickets sollten leichter reserviert werden können. Wir wollen zum
1027 unbeschwerten Reisen einladen und deshalb die Fahrgastrechte stärken. Zum
1028 Beispiel sollen Reisende bei Zugausfall jeden beliebigen nächsten Zug oder Bus
1029 nutzen können, auch wenn dieser von einem anderen Unternehmen betrieben wird.

1030 Auch im europaweiten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll eine
1031 konsequente Umsetzung des Open-Data-Prinzips dafür sorgen, dass
1032

1033 Mobilitätsangebote für alle leicht und günstig nutzbar sind. Insbesondere
1034 Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener Verkehrsmittel, zum Beispiel
1035 E-Bike und Bahn oder Park and Ride, sollen davon profitieren. Um
1036 klimafreundliche Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die
Fahrradmitnahme ermöglichen.

1037 Daneben wollen wir in Europa für das Flatrate-Prinzip im ÖPNV werben, das wir
1038 mit dem Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das
1039 Deutschland-Ticket soll auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den
1040 grenzübergreifenden Austausch zu stärken.

1041 **Antriebswende umsetzen**

1042 Damit auch morgen noch alle mobil sein können, wollen wir die Antriebswende zur
1043 Klimaneutralität beschleunigen. Dabei muss das Prinzip gelten, so viele
1044 Verkehrsmittel wie möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben.
1045 Grüner Wasserstoff und die darauf basierenden E-Fuels sollten bevorzugt dort
1046 eingesetzt werden, wo Verkehrsmittel nicht preiswerter elektrisch betrieben
1047 werden können.

1048 Die Automobilindustrie ist ein zentraler Industriezweig in Deutschland und
1049 bietet viele Arbeitsplätze. Wir wollen sie auch deshalb auf dem Weg der
1050 Antriebswende unterstützen. Die EU hat in einer historischen Entscheidung
1051 beschlossen, dass ab 2035 keine fossilen Verbrennungsmotoren in Pkw mehr neu
1052 zugelassen werden dürfen. Nun braucht es eine flächendeckende, intelligent
1053 vernetzte und effiziente Ladeinfrastruktur für alle Verkehrsmittel. Es muss ohne
1054 Probleme möglich sein, mit einem E-Auto von Stockholm nach Syrakus zu fahren. Um
1055 den Übergang zur E-Mobilität möglichst attraktiv zu gestalten, wollen wir
1056 aktuelle Mängel im Verbraucherschutz, zum Beispiel teure Roaming-Gebühren beim
1057 Laden eines E-Autos, abschaffen.

1058 Neueste Entwicklungen deuten darauf hin, dass auch der schwere Güterverkehr auf
1059 der Straße in Zukunft zum größten Teil batterieelektrisch abgewickelt werden
1060 kann. Dazu braucht es den schnellen Ausbau der Ladeinfrastruktur für
1061 Lastkraftwagen (Lkw) entlang der europäischen Fernstraßen und in den
1062 Güterverteilzentren.

1063 Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und
1064 Entwicklung durch Effizienzstandards stärker an Energie- und Ressourceneffizienz
1065 orientiert werden. So wollen wir größere Anreize für Hersteller schaffen, um
1066 leichte und effiziente Lösungen anzubieten. Um den schweren Luft- und
1067 Schiffsverkehr klimaneutral zu gestalten, unterstützen wir die Produktion
1068 nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin. Für
1069 Häfen unterstützen wir den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Versorgung. So
1070 werden fossile und biogene Brennstoffe im Verkehr in einer Generation der

1071 Vergangenheit angehören. Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und
1072 Entwicklung von klimaneutralen Technologien.

1073 **Verkehr sicher machen**

1074 Wir verfolgen die Vision Zero für den Straßenverkehr. Diese zielt darauf ab,
1075 dass es keine Verkehrsunfälle mit schweren Verletzungen mehr gibt. Wir setzen
1076 uns deshalb für sichere Schulwege, Tempo 30 und Verkehrssicherheitszonen in
1077 dicht bevölkerten Innenstädten sowie für ein EU-weites Tempolimit auf Autobahnen
1078 ein.

1079 Lärm wird als Gesundheitsfaktor noch immer unterschätzt. Wir setzen uns für
1080 ambitioniertere Reduktionsziele im Verkehr ein. Flugzeuge, Bahnen, Autos und
1081 Motorräder wollen wir stärker für die Gesundheit der Menschen in die
1082 Verantwortung nehmen. Dazu wollen wir die EU- Umgebungslärmrichtlinie sowie
1083 quellenbezogene Lärmrichtlinien (beispielsweise Grenzwerte für die
1084 Geräuschemission von Fahrzeugen) weiterentwickeln und an den Stand der Technik
1085 anpassen. Mehrfachbelastungen wollen wir stärker berücksichtigen. So kann die
1086 Gesundheitsbelastung der Menschen durch Verkehr um bis zu 50 Prozent gesenkt
1087 werden. Auch Stickoxide, (Ultra-)Feinstaub, Reifen- und Bremsabrieb müssen für
1088 den Schutz der Gesundheit minimiert werden. Die Luftreinhaltungsrichtlinie und
1089 die Euro-7-Abgasnorm sind hierfür wichtige Schritte.

1090 **9. Gesunde Natur**

1091 **Unsere Natur bewahren**

1092 Wir sind Teil der Natur. Unser Wohlstand, unsere Lebensqualität, unsere Zukunft
1093 hängen von ihr ab. Die Natur zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass wir sie
1094 auch in Zukunft noch verantwortungs- und respektvoll nutzen können, ist eine
1095 entscheidende Aufgabe der Politik. Das gilt nicht zuletzt, weil der Reichtum der
1096 europäischen Lebensräume – von den unberührten Wäldern Nord- und Osteuropas über
1097 die vielfältigen Kulturlandschaften Mitteleuropas bis hin zum Mittelmeer – unser
1098 Selbstverständnis als Europäer*innen prägt und weltweit für unseren Kontinent
1099 steht.

1100 Wir haben hier auch dank unserer Anstrengungen in Deutschland und Europa in den
1101 vergangenen Monaten große Durchbrüche erzielt:

1102 Das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL)
1103 sowie die Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz in Montreal 2022 und das
1104 Abkommen der UN zum Schutz der Biodiversität auf Hoher See sind historische
1105 Meilensteine. 30 Prozent der Land- und Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen
1106 unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen sogar unter besonderem Schutz.

1107 Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich besser geschützt und geschädigte
1108 Ökosysteme wiederhergestellt werden. Zudem wurden erstmals verbindliche Regeln
1109 für den Schutz der Hohen See vereinbart. Insgesamt dürfen damit Meeresressourcen
1110 nur noch nachhaltig genutzt werden. Mit dem NRL haben wir im Europäischen
1111 Parlament unseren Kontinent auf den Kurs für die dringend notwendige
1112 Wiederherstellung der europäischen Natur gesetzt. Diese Pläne müssen wir jetzt
1113 verwirklichen: Eine verbesserte Naturschutzfinanzierung ist zum Erreichen der
1114 globalen und europäischen Ziele unabdingbar. Deshalb fordern wir einen eigenen
1115 Naturschutzfonds ein. Mit dem NRL sollen bis 2050 alle Ökosysteme auf den Weg
1116 der Erholung geführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die entsprechenden
1117 Konzepte bis 2035 vorliegen müssen.

1118 **Artenvielfalt retten**

1119 Die Klimakrise geht einher mit einer Biodiversitätskrise extremen Ausmaßes.
1120 Beide bedingen einander: Die Natur ist unsere wichtigste Verbündete im Kampf
1121 gegen die Klimakrise. Naturschutz und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht
1122 werden.

1123 Wir möchten daher besonders den natürlichen Klimaschutz fördern.
1124 Schlüsselemente sind hier die Wiedervernässung von Mooren und Auen, ein
1125 naturnaher Waldumbau und effektiver Meeresschutz.

1126 Wir setzen uns dafür ein, dass es keinen Tiefseebergbau geben wird, bis
1127 ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse über dessen Auswirkungen vorliegen
1128 und ernsthafte Umweltschäden ausgeschlossen werden können. Denn neben Mooren und
1129 Wäldern gehören die Ozeane zu den wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die
1130 Klima- und Biodiversitätskrisen.

1131 Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8
1132 Millionen Tier- und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben
1133 bedroht – und damit ein unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend
1134 gestoppt werden. Ein wichtiger Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir
1135 Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und um Agrarflächen und Wälder
1136 wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten und den
1137 Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von
1138 Ökosystemen muss deshalb immer mitgedacht werden. Wir setzen uns insbesondere
1139 für den Insekten-, Vogel- und Bodenschutz ein. In der Bewirtschaftung wollen wir
1140 die ökologische Landwirtschaft und naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Wir
1141 brauchen Misch- statt Monokulturen in Land- und Forstwirtschaft, weniger
1142 Pestizideinsatz sowie eine Abkehr von degradierenden Praktiken wie Kahlschlägen.
1143 Wir machen uns gegen illegale Rodungen stark und fordern klare, einheitliche
1144 Definitionen für die europäische Forstwirtschaft. Dafür braucht es ein
1145 einheitliches Monitoring und europaweite ökologische Mindeststandards im Wald.
1146 Im Hinblick auf die zunehmende Trockenheit brauchen wir außerdem eine

1147 europäische Waldbrandstrategie, die durch naturnahe Wälder, die Vermeidung von
1148 Kahlschlägen und ökologische Schutzkorridore die Brandgefahr eindämmt.

1149 Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder
1150 miteinander vernetzen, sodass Wanderungen und ein genetischer Austausch möglich
1151 und dadurch stabile Populationen gesichert sind. Das ist eine grüne
1152 Infrastruktur für Europas Natur. Zentral dafür ist das Natura-2000-Netzwerk. Die
1153 genetische Vielfalt fördert die Resilienz unserer Ökosysteme und schafft somit
1154 auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Korridore sollen in engem Austausch
1155 mit den Kommunen, Landwirt*innen und Förster*innen entstehen. Darüber hinaus
1156 wollen wir sicherstellen, dass Ökosysteme nicht zusätzlich zerschnitten werden,
1157 ohne einen genetischen Austausch zu gewährleisten. Wir engagieren uns für die
1158 Bereitstellung finanzieller Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen,
1159 um nachhaltige Praktiken einzuführen, die den Schutz der Natur und der
1160 Artenvielfalt fördern.

1161 In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und
1162 Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders
1163 betroffene Arten schaffen.

1164 **Umwelt schützen**

1165 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und
1166 Biodiversitätskrise die dritte große Herausforderung für den Schutz unserer
1167 natürlichen Lebensgrundlagen. Sie belastet Mensch und Ökosysteme. Eine wichtige
1168 Rolle spielen dabei die Auswirkungen der Nutzung umwelt- und
1169 gesundheitsschädlicher Chemikalien. Besonders vordringlich ist es, Stoffe in den
1170 Blick zu nehmen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Dazu zählen
1171 sogenannte Ewigkeitschemikalien wie per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS).
1172 Diese werden seit Jahrzehnten zum Beispiel in der Herstellung von Halbleitern,
1173 Medizinprodukten, Textilien oder Kältemitteln vielfältig verwendet. Überall
1174 dort, wo sie gut ersetzt werden können und insbesondere in verbrauchernahen
1175 Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch aussteigen. Gleichzeitig
1176 brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die Entwicklung von
1177 Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger
1178 Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren oder elektrischer Antriebe nicht zu
1179 gefährden.

1180 Wir setzen uns zudem für eine Chemikalienstrategie ein, die
1181 Nachhaltigkeitsanforderungen wirklich umsetzt, vor allem bei Spielzeug-,
1182 Lebensmittelkontaktmaterialien und Kosmetik. Wir wollen deshalb bei der Reform
1183 des europäischen Instruments für die Sicherheit von Chemikalien (REACH-Regelung)
1184 schneller vorankommen. Wir setzen uns für die Verwendung eines umfassenderen
1185 Ansatzes zur Risikobewertung ein, der verschiedene Dimensionen der Wirkung von
1186 Chemikalien, schnellere Verfahren und bessere Sanktionsmöglichkeiten

1187 berücksichtigt.

1188 Vor allem aber wollen wir unsere Chemie nachhaltig und damit zukunftstauglich
1189 aufstellen. Deshalb setzen wir uns für ein neues Investitionsprogramm für
1190 sichere und nachhaltige Chemikalien „made in EU“ (EU Sustainable Chemistry Act)
1191 zur Förderung des Markthochlaufs von Green Chemistry ein. Dies ist ein Teil
1192 unseres Programms für eine klimagerechte Industriepolitik.

1193 **Sauberes Wasser für alle**

1194 Besonders extreme Dürren und Starkregenereignisse nehmen in Europa deutlich zu.
1195 Das ist eine große Herausforderung, um in ganz Europa die Versorgung mit
1196 sauberem Wasser sicherzustellen, und ein Stressfaktor für unsere Natur.
1197 Bilanziell hat etwa Deutschland in den vergangenen 20 Jahren 20 Prozent seiner
1198 Wasservorräte verloren. Wir brauchen deshalb eine europäische Wasserstrategie,
1199 die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den Bedarf in
1200 der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Neben dem Gesetz
1201 zur Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie
1202 schnellstmöglich umgesetzt werden, um die Übernutzung von Grundwasser und die
1203 dadurch drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern.

1204 Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten
1205 Wasserinfrastruktur und einem naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko
1206 von Überflutungen durch Starkregenereignisse reduzieren wir durch mehr
1207 Regenwasserbecken, Grünflächen, Bäume und Fassadenbegrünung. Dieser Umbau zur
1208 Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung und verbessert die Luftqualität.

1209 Wir brauchen klare europaweite Grenzwerte, um bei länderübergreifenden
1210 Wasserkrisen, wie an der Oder, konsequent handeln zu können. Wir verschreiben
1211 uns dem Ziel, 25.000 Kilometer in der EU in frei fließende Flüsse zu
1212 renaturieren – wie in der EU-Biodiversitätsstrategie vorgesehen. Und wir setzen
1213 uns für einen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder
1214 landwirtschaftlicher Nutzung ein.

1215 Dazu ist es auch notwendig, die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser
1216 in der Landschaft stärker in den Mittelpunkt zu stellen, ob im Gemüsebau durch
1217 Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen Mischwald oder in Gewerbe und
1218 Industrie durch sparsame Prozesse und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir
1219 verstärkt auf Kooperation innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern.
1220 Denn die Erfahrungen in den semiariden Gebieten des Südens werden in den anderen
1221 Teilen Europas dringend gebraucht.

1222 **Tiere schützen**

1223 Wir haben eine besondere Verantwortung für Tiere in menschlicher Obhut. Wir
1224 wollen, dass Europa alle Tiere durch konsequente und ambitionierte Gesetzgebung
1225 sowie die Durchsetzung bestehender Regelungen schützt. Denn Europäer*innen
1226 wollen Tierschutz: Sechs der zehn erfolgreichen europäischen Bürgerinitiativen
1227 setzen sich dafür ein.

1228 Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht
1229 und den Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten.

1230 Wir setzen uns darauf aufbauend für eine konsequente Umsetzung des EU-
1231 Aktionsplans zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels ein. Den Import von
1232 Wildfängen für die Privathaltung wollen wir beenden sowie den Import und Handel
1233 von Arten unter Strafe stellen, die in ihrem Herkunftsland national geschützt
1234 sind. Wir sind für ein Einfuhrverbot von Jagdtrophäen von Tierarten, die durch
1235 das Washingtoner Artenschutzübereinkommen und die EU- Artenschutzverordnung
1236 geschützt sind, wie bereits vom EU-Parlament gefordert. In Handelsabkommen
1237 setzen wir uns für hohe Tierschutzstandards ein.

1238 EU und Mitgliedsländer sollen konkrete Ausstiegspläne aus Tierversuchen
1239 erstellen, die Experimente an Tieren für Chemikalienprüfungen und
1240 Medizinprodukte wo immer möglich beenden, für Arzneimittelentwicklung und
1241 Grundlagenforschung reduzieren und auch die Förderung tierversuchsfreier
1242 Bildungs- und Ausbildungsinitiativen umfassen. Die Entwicklung und Anerkennung
1243 von Ersatzmethoden wollen wir verstärken und beschleunigen. Geprüfte tierfreie
1244 Methoden sollen unverzüglich in Testrichtlinien aufgenommen werden und an die
1245 Stelle von Tierversuchen treten.

1246 **10. Eine starke Landwirtschaft**

1247 **Gemeinsame Agrarpolitik weiter entwickeln**

1248 Landwirt*innen versorgen uns nicht nur mit dem, was wir zum Überleben brauchen.
1249 Sie sorgen auch für eine Vielfalt an Lebensmitteln in Europa, die ihresgleichen
1250 sucht. Gleichzeitig erhalten und pflegen sie so unsere Kulturlandschaften, die
1251 Felder, Wiesen und Weinberge, die Europa auszeichnen. Wir wollen diese
1252 Landwirtschaft stärken – im Einklang mit der Natur und im Dienste aller
1253 Menschen, der Produzent*innen wie der Verbraucher*innen.

1254 Wir wollen dazu die europäische Agrarpolitik so umbauen, dass diejenigen, die
1255 die Flächen bewirtschaften, unbürokratisch für den Erhalt der Natur und der
1256 Kulturlandschaft bezahlt werden. Denn sie sind es, die diese gesellschaftliche
1257 Leistung erbringen, und nicht die Eigentümer*innen der Flächen.

1258 Statt pauschalen, flächenbezogenen Direktzahlungen in der Gemeinsamen

1259 Agrarpolitik (GAP), die Fehlanreize setzen und nicht zielgerichtet zu einer
1260 zukunftsfähigen landwirtschaftlichen Struktur beitragen, wollen wir konsequent
1261 Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität, Gesundheit – und damit für das
1262 Gemeinwohl entlohnen. Leistungen sind so zu gestalten, dass sie
1263 Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt*innen ankommen, die
1264 vor Ort verankert sind.

1265 Die EU-Agrarpolitik können wir damit so gestalten, dass sie allen in der
1266 Landwirtschaft tätigen Frauen und Männern eine Perspektive bietet, denn jeder
1267 Hof zählt. Indem wir regionale Wertschöpfungsketten vom Bauernhof bis zum Teller
1268 und das Lebensmittelhandwerk stärken, verbessern wir ihre wirtschaftlichen
1269 Rahmenbedingungen.

1270 Landwirt*innen müssen dabei gegenüber den Verarbeiter*innen und dem Einzelhandel
1271 in der Wertschöpfungskette gestärkt werden. Insbesondere der Einzelhandel kann
1272 und muss einen höheren Beitrag zur Stabilisierung der Erlöse für die Produzenten
1273 und der Preise für die Verbraucher*innen leisten. Wir setzen uns deshalb für
1274 europaweite Regelungen ein, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

1275 **Gute Lebensmittel für alle**

1276 Ernährung ist ein zentraler Teil unserer Kultur und individuellen Identität. Sie
1277 ist maßgeblich für unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität. Wir wollen eine
1278 gute Ernährung für alle ermöglichen. Das ist auch ein Beitrag zur Stärkung
1279 regionaler Wirtschaftsräume, denn die Herstellung und Verarbeitung von
1280 Lebensmitteln vor Ort schafft Wohlstand und regionale Identität.

1281 Jede und jeder soll frei entscheiden können, was auf den Teller kommt. Die EU
1282 kann die Entscheidungsfreiheit von Verbraucher*innen schützen, indem sie für
1283 verlässliche Informationen über Herkunft und Inhalt von Lebensmitteln sorgt. Wir
1284 unterstützen daher europaweite Labels, um nachhaltigen, regionalen, saisonalen,
1285 vielfältigen und tierschutzkonformen Konsum zu ermöglichen. Mit einem EU-weiten
1286 Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme stellen wir die Zeichen auf
1287 Nachhaltigkeit. Wir wollen etwa durch Änderungen des Vergaberechts Anreize
1288 setzen für eine bessere Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, von Kita bis
1289 Krankenhaus. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund
1290 und nachhaltig zu ernähren. Wir wollen, dass Nahrungsmittel frei von chemischen
1291 Rückständen wie Pestiziden und hormonwirksamen Stoffen sind. So schaffen wir
1292 eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle, besonders für Kinder.

1293 Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Müll. Wir setzen uns
1294 deshalb für rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung
1295 bis 2030 zu halbieren, einschließlich der Neubewertung von
1296 Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen sowie der Einführung von Verzehr-
1297 statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere Angaben für die sichere

1298 Verzehrbarekeit von Lebensmitteln zu liefern.

1299 **Ökologische Landwirtschaft gestalten**

1300 Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der
1301 Zukunft zu sichern. Agrarökologische Ansätze, die dieses Ziel verfolgen, können
1302 dabei der gesamten Landwirtschaft helfen. Ökologische Landwirtschaft ist die
1303 Vorreiterin dafür: Unser Ziel ist es, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent
1304 ökologischer Landwirtschaft zu erreichen und diesen Anteil bis 2035 und darüber
1305 hinaus weiter zu erhöhen. Ökologisch wirtschaftende Betriebe erzielen in
1306 Deutschland ein höheres Einkommen pro Person als konventionelle Betriebe. Das
1307 zeigt, dass es sich schon jetzt finanziell lohnt, in eine regionale und
1308 nachhaltige Wirtschaftsweise zu investieren. Wir wollen die Rahmenbedingungen
1309 dafür stärken.

1310 Dazu gehört auch die Forschungs- und Förderpolitik der EU. Es braucht mindestens
1311 30 Prozent der Mittel für den Ökolandbau in der Züchtungsforschung sowie
1312 Unterstützung bei der Entwicklung innovativer Konzepte für die Bio-
1313 Wertschöpfungskette. Außerdem sollen Ökobetriebe nicht mehr doppelt nachweisen
1314 müssen, dass sie Vorschriften einhalten. Das EU- Biosiegel wollen wir beim
1315 Tierschutz, insbesondere in der Eierproduktion, nachschärfen.

1316 Für eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft ist es unabdingbar, dass
1317 Betriebe, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, dies sicher tun können. Die EU
1318 soll garantieren, dass alle wissen, was bei ihnen auf den Teller kommt und wo es
1319 hergestellt wurde. Transparenz und Wahlfreiheit müssen besonders bei
1320 gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln sichergestellt werden.
1321 Patente auf Pflanzen lehnen wir ab, egal ob diese ihren Ursprung in
1322 konventioneller Züchtung oder in gentechnischen Verfahren haben. Damit sichern
1323 wir die Zukunft besonders kleiner und mittelständischer Landwirtschafts- und
1324 Zuchtbetriebe.

1325 Der übermäßige Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise.
1326 Die bisher verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber
1327 werden noch nicht konkret umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen,
1328 dass die Ziele der EU auf wissenschaftlicher Basis weiterentwickelt werden. Die
1329 Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa
1330 einer Pestizidabgabe.

1331 Wir schließen Rechtslücken, die bisher zum Beispiel den Einsatz von
1332 fruchtbarkeitsschädigenden Chemikalien in Dünger oder von Mikroplastik in
1333 Pestiziden erlauben. Die Genehmigungsverfahren für Pestizide wollen wir
1334 reformieren, indem die vorgelegten Studien nicht mehr von den Herstellern,
1335 sondern von den Bewertungsbehörden in Auftrag gegeben werden. Die Hersteller
1336 dürfen sich nicht länger aussuchen können, in welchem Mitgliedstaat die Behörden

1337 ihre Anträge prüfen. Um Zeit und Kapazitäten zu gewinnen, beschleunigen wir die
1338 Genehmigungsverfahren von Stoffen, bei denen früh klar ist, dass sie aufgrund
1339 von Ausschlusskriterien nicht genehmigungsfähig sind. Zudem setzen wir uns für
1340 die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips ein, sodass Unternehmen, die
1341 Pestizide in den Verkehr bringen, für entstandene Schäden im Grundwasser oder in
1342 der Biolandwirtschaft haften.

1343 **Mit Nachhaltigkeit Ernährung sichern**

1344 Die Landwirtschaft leidet besonders unter der Klimakrise mit langen Dürren und
1345 plötzlichem Starkregen. Wenn wir die Überdüngung beenden, den Einsatz von
1346 fossilen Düngern zurückfahren und die Böden wieder zu Senken von CO₂ machen, ist
1347 die Landwirtschaft ein zentraler Teil des natürlichen Klimaschutzes. Deshalb
1348 setzen wir uns für die Wiedervernässung von Mooren, den Aufbau von Holzmasse und
1349 die Weidewirtschaft ein – mit stabilen Einkommensperspektiven für
1350 Landwirt*innen. So kann die Landwirtschaft ihren nötigen Beitrag zum Klimaschutz
1351 und zur Klimaanpassung leisten.

1352 Die Wiedervernässung der Moore geht nur mit den Landwirt*innen zusammen. Uns ist
1353 wichtig, dass die Wertschöpfung in den Moorregionen erhalten bleibt. Deswegen
1354 unterstützen wir Landwirt*innen bei der Bewirtschaftung von wiedervernässten
1355 Moorflächen und fördern den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in ländlichen
1356 Räumen. Sowohl Moore als auch die Weidewirtschaft auf mineralischen Böden sind
1357 ein echter Klimaschützer, da hier deutlich mehr Kohlenstoff gespeichert wird als
1358 im Ackerboden. Außerdem stellt die Weidewirtschaft die tierfreundlichste Haltung
1359 dar. Diese wollen wir stärker fördern.

1360 Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand.
1361 Wir werden deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen
1362 und unseren Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb
1363 unterstützen wir den Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der
1364 Fischereiressourcen und zum Schutz der Meeresökosysteme. Wir fördern
1365 Alternativen zur Stellnetz- und Schleppnetzfisherei und gehen gegen besonders
1366 umweltschädliche Fangmethoden vor.

1367 **Tiere gut halten**

1368 Wir wollen die Tierhaltung so gestalten, dass sie wertvolle Lebensmittel liefern
1369 kann, Tiere als Lebewesen in ihren Bedürfnissen respektiert und Teil einer
1370 nachhaltigen Bewirtschaftung unserer vielfältigen Landschaften ist. Die
1371 industrielle Tierhaltung dagegen gefährdet essenzielle Lebensgrundlagen und die
1372 Gesundheit der Menschen: zoonotische Erreger, multiresistente Keime,
1373 Trinkwasserverschmutzung, Lebensraumzerstörung, Artenverlust,
1374 Lebensmittelverschwendung in der Tiermast und hohe Klimagasemissionen – wenn wir
1375 Tieren schaden, schaden wir uns letztlich selbst.

1376 Deshalb wollen wir weniger Tiere besser halten und die Züchtung auf ihre
1377 Gesundheit konzentrieren. Daher setzen wir uns für die Etablierung, Verbesserung
1378 und bessere Kontrolle einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards in Zucht,
1379 Haltung, Transport, Tötung und Handel ein. Das umfasst das Ende von Käfig- und
1380 Kastenhaltung sowie von fehlenden Brandschutzvorkehrungen. Im Mittelpunkt steht
1381 für uns die möglichst lokale Verarbeitung: Wir brauchen eine deutliche
1382 Reduzierung von Lebedntiertransporten. Dabei möchten wir Langstreckentransporte
1383 auf acht Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer kontrollierbare Regionen
1384 unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere Kontrolle, ein Ende
1385 der CO₂- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei der Tötung von
1386 Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von Küken.

1387 Die Gesundheit von Mensch und Tier ist durch den übermäßigen Antibiotikaeinsatz
1388 in der landwirtschaftlichen Tierhaltung massiv bedroht. Derzeit werden mehr
1389 Antibiotika an gesunde Tiere als an kranke Menschen verabreicht. Den
1390 Antibiotikaeinsatz wollen wir drastisch reduzieren, um die Entstehung
1391 multiresistenter Keime zu vermeiden, die eine der größten gesundheitlichen
1392 Bedrohungen auch für den Menschen darstellen. Dafür braucht es eine Umstellung
1393 auf bessere Haltungsformen, eine Steigerung der Tiergesundheit, die
1394 Einschränkung der Gruppenbehandlung und vorrangige Behandlung kranker
1395 Einzeltiere. Reserveantibiotika sollen der Humanmedizin vorbehalten sein.